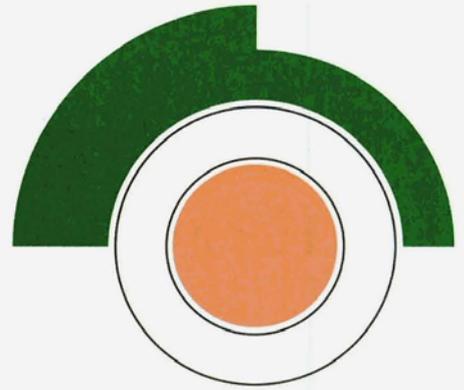


# Nordrhein-Westfalen Landtag intern 19



Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 25. Jahrgang, 11. Wahlperiode, 15. 11. 1994

## WORT UND WIDERWORT

### Soll die Neuzulassung von Autos mit Schrottgebühr belegt werden?

Bei Neuwagen erscheine als die geeignetste Regelung eine bundeseinheitliche Verpflichtung der Neuwagenhersteller für die Rücknahme der Fahrzeuge „am Ende der Kette“. Als Übergangslösung für den bestehenden Fahrzeugpark biete sich an, dem jeweiligen Letztbesitzer die Pflicht zur Entsorgung auf seine Kosten aufzuerlegen. Das erklärt der SPD-Abgeordnete **Klaus Strehl**. Die CDU-Abgeordnete **Dr. Annemarie Schräps** betont, Regelungen seien notwendig. Dabei müsse das Verursacherprinzip sowie die im Kreislaufwirtschaftsgesetz festgeschriebene Produktverantwortung der Hersteller gelten. Marktwirtschaftliche Anreize und Selbstregulierungskräfte der Wirtschaft seien Verbotssregelungen vorzuziehen. Der Letztbesitzer dürfe die Kosten der Verschrottung nicht alleine tragen. Die F.D.P.-Abgeordnete **Marianne Thomann-Stahl** stellt fest, die Antwort auf die Frage nach der Schrottgebühr sei klar: Der Staat dürfe den Autofahrer nicht noch stärker abkassieren. Produktverantwortung stehe dagegen im Vordergrund. Dieses Ziel werde auch von der Bundesregierung in Zusammenarbeit mit der Autoindustrie verfolgt. Der GRÜNE-Abgeordnete **Dr. Manfred Busch** unterstreicht, der Autoverkehr verursache Folgekosten von 250 Milliarden Mark im Jahr. Deshalb wäre es verursachergerecht, diese Kosten über einen erheblich steigenden Benzinpreis zuzurechnen. Ein weiterer Teil dieser gesellschaftlichen Kosten entfalle über die Verschrottung von Personewagen an. Deshalb sei die Einführung einer Schrottgebühr sachgerecht. (Seite 2)

## Rau verteidigt Streichung des Buß- und Bettags

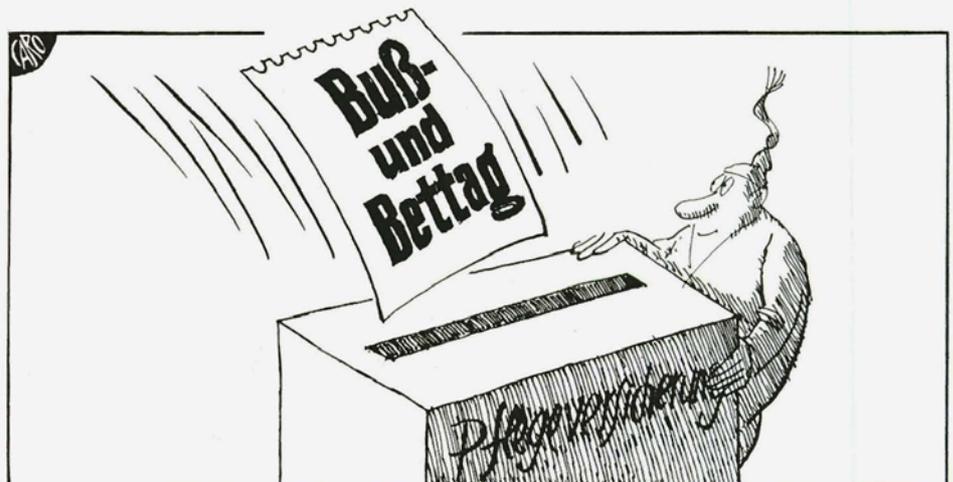
### Bitterer Schritt für die Länder

Der nordrhein-westfälische Ministerpräsident **Johannes Rau** (SPD) hat die geplante Streichung des Buß- und Bettags zur Finanzierung der Pflegeversicherung verteidigt.

Bei der ersten Lesung zur Änderung des Feiertagsgesetzes NW am vergangenen Mittwoch sagte Rau, es sei ein bitterer Schritt, der jetzt gemacht werden müsse. Den Ländern bleibe aber keine andere Möglichkeit. Ihm persönlich wäre der Verzicht auf einen Urlaubstag lieber gewesen, aber diese Lösung lasse das Pflegegesetz nicht zu. Über die Streichung eines weiteren Feiertags werde er allerdings nicht mit sich reden lassen.

**Hans Kern** (SPD) erklärte, mit dem Pflegeversicherungsgesetz sei vom Grundprinzip der Bismarckschen Sozialreform, das Sozialsystem paritätisch zu finanzieren, Abschied genommen worden. **Dr. Hans-Ulrich Klose** (CDU) meinte dagegen, dieses Gesetz passe sehr gut in die große historische Kette der sozialversicherungsrechtlichen Entscheidungen des vorigen Jahrhunderts. **Marianne Thomann-Stahl** (F.D.P.) bezeich-

nete die Finanzierungslösung als nicht sehr glücklich. **Bärbel Höhn** (GRÜNE) meinte dagegen, die Finanzierung bewege die Gemüter mehr als das Ziel.



Der Beitrag

Zeichnung: R. Candea (Rheinische Post)

## Die Woche im Landtag

### Blutskandal

Vor parteipolitischer Polemik und Vorverurteilungen wurde in einer Aktuellen Stunde zum Blutskandal an der Universität Düsseldorf gewarnt. (Seite 3)

### Garzweiler II

Der Braunkohletagebau Garzweiler II ist nach Einschätzung der Landesregierung für die Energieversorgung im Land unverzichtbar. (Seite 4)

### Frauenförderung

Auf freiwillige Vereinbarungen mit den Unternehmen statt Frauenförderung mit Auflagen hoffen viele Politikerinnen. (Seite 5)

### U-Ausschuß

Der Ausschuß zur Untersuchung der Balsam-Affäre hat sich konstituiert und sich sein Arbeitsprogramm gegeben. (Seite 8)

### Reintegration

Die Landesregierung sieht das Integrationsprogramm Skopje weiterhin als Modell für eine neue Flüchtlingspolitik an. (Seite 9)

### Drogenpolitik

Auch in den USA gibt es zu wenig Geld für Drogenpolitik nach dem Motto „Hilfe statt Strafe“. (Seite 13)

## WORT UND WIDERWORT

# Hersteller sollen Fahrzeuge am Ende zurücknehmen

Von  
Klaus Strehl

Die geordnete Entsorgung von Altautos ist dringend regelungsbedürftig. Dabei müssen sowohl Lösungen für den vorhandenen Fahrzeugpark als auch für Neuwagen gefunden werden.

Bei Neuwagen erscheint als die geeignetste Regelung eine bundeseinheitliche Verpflichtung der Neuwagenhersteller für die Rücknahme der Fahrzeuge „am Ende der Kette“ also bei der letzten Abmeldung. Für eine sachgerechte Entsorgung wäre in diesem Fall durch die Autohersteller gesorgt. Die Kosten für die spätere Entsorgung würden von Anfang an nach den Gesetzen des Marktes im Preis mitkalkuliert und von Eigentümern zu Eigentümern durch den jeweiligen Verkaufspreis „weitergereicht“.

Eine Fondlösung mit einer bei Neuanmeldung zu entrichtenden „Schrottgebühr“ — wie sie etwa in den Niederlanden ge-

Von  
Dr. Annemarie Schraps

Die Fakten: Es gibt in Deutschland derzeit 40 Millionen PKW mit stark wachsender Tendenz. Rund 2,7 Millionen PKW werden jährlich verschrottet. Wachsende Anteile an Kunststoffen, Gummi, Glas sowie umweltschädigenden Betriebsflüssigkeiten, PCB und Schwermetallen wandern heute noch auf unsere Hausmülldeponien.

Die Folgen: Durch wachsende Schadstoffmengen nehmen die Belastungen von Boden und Grundwasser zu; es entstehen neue Alllasten. Dieses Deponieren wertvoller Sekundärrohstoffe führt zu wachsender Ressourcenverschwendung und verstopft zunehmend unsere Deponien.

Die Lösung: Regelungen sind notwendig. Dabei muß das Verursacherprinzip sowie die im Kreislaufwirtschaftsgesetz festgeschriebene Produktverantwortung der Hersteller gelten. Marktwirtschaftliche Anreize und Selbstregulierungskräfte der Wirtschaft sind Verbotsregelungen vorzuziehen. Der Letztbesitzer von Altautos darf die Kosten der

Von  
Marianne Thomann-Stahl

Schon in der Überschrift „Soll die Neuzulassung von Autos mit Schrottgebühr belegt werden?“ wird deutlich, daß bei einer eventuellen Einführung einer Schrottgebühr der Staat im Rahmen der Neuzulassung die Gebühr für sich vereinnahmen will.

Nicht der Staat ist für die Entsorgung von Altautos zuständig, sondern der Produzent und der Verbraucher.

Da im Normalfall der Verbraucher mit der Produktionsweise eines Autos wenig vertraut ist, liegt es auf der Hand, daß der Produzent die vollständige Verantwortung für den gesamten Produktionsprozeß trägt, d.h., also vom Abbau der Rohstoffe über die Produktion des Autos bis hin zur letztendlichen Entsorgung verantwortlich ist.

Diese Produktionsverantwortung ist auch Kerngedanke des Kreislaufwirtschaftsgesetzes des Bundes. Denn wer sonst wußte besser über Recycling-

Von  
Dr. Manfred Busch

Der Autoverkehr verursacht Folgekosten von rund 250 Milliarden Mark im Jahr oder 10 Prozent des jährlichen Sozialprodukts. Diese Kosten werden nicht von den Autofahrern selbst getragen. Vielmehr zahlen sozialversicherungspflichtig Beschäftigte ihre Steuern und Beiträge auch für Verkehrsunfall-, Schadstoffbelastungs- und Lärmfolgen, für Arbeitsunfähigkeit und Rehabilitationsmaßnahmen, Mieter und Vermieter für Gebäudeschäden infolge der Luftverschmutzung und die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler für die Renaturierung zerstörter Landschaften.

Ein großer Teil der Kosten entwickelt sich parallel zur Fahrleistung bzw. der Kilometerleistung. Deshalb wäre es verursachungsgerecht, diese Kosten über einen erheblich steigenden Benzinpreis zuzurechnen. Ein weiterer Teil dieser gesellschaftlichen Kosten fällt über die Verschrottung von PKW an; deshalb ist die Einführung einer Schrottgebühr sachgerecht. Die Verschrottungskosten

### SPD: Die geordnete Entsorgung marktwirtschaftlich lösen

funden wurde — stellt sich dagegen als zu bürokratisch und kostenträchtig dar. Die Bescheinigung über die Zahlung müßte von Eigentümern zu Eigentümern weitergereicht werden. Bei der letzten Abmeldung wäre entweder der Letztbesitzer oder der Staat verpflichtet, unter Verwendung der Schrottgebühr das Auto zu entsorgen. Sicherheit, daß eine sachgerechte Entsorgung stattfindet, ließe sich nur durch staatliche Kontrolle erreichen.

Unabhängig davon, auf welchem Weg die spätere Entsorgung der Neuwagen gesichert wird, muß eine Übergangslösung für den bestehenden Fahrzeugpark gefunden werden. Hier bietet sich ebenfalls eine marktwirtschaftliche Regelung an. Dem jeweiligen Letztbesitzer sollte die Pflicht zur Entsorgung auf seine Kosten auferlegt werden. Er müßte gegenüber der Straßenverkehrsbehörde nachweisen, daß er für eine geregelte und sachgerechte Entsorgung gesorgt hat.

### CDU: Schmerzgrenze bei Abgaben erreicht

Verschrottung nicht alleine tragen. Gleichzeitig muß eine Regelung Anreize zur Herstellung recycling-freundlicher PKW, die Verwendung umweltfreundlicher Werkstoffe sowie eine Minimierung der Recyclingkosten zum Ziel haben. Das „Gemeinsame Konzept zum KFZ-Recycling“ der Autoindustrie enthält wesentliche Teile dieser Forderungen, wobei die Verpflichtung zur kostenlosen Rücknahme fehlt. Einige Autofirmen wie z.B. VW praktizieren bereits die umweltfreundliche, unentgeltliche Rücknahme von Altautos.

Die Einführung einer Schrottgebühr lehnt die CDU ab, da sie einseitig die Verbraucher, nicht aber Produzenten belastet. Darüber hinaus wird durch sie der marktwirtschaftliche Wettbewerb zur Herstellung umwelt- und recycling-freundlicher PKW blockiert. Anreize zur Minimierung der Recyclingkosten oder die Entwicklung schadstoffarmer, innovativer Werkstoffe werden bei einer „Schrottsteuer“ ausgeschaltet. Im übrigen ist die Schmerzgrenze der Bürger bei Abgaben, Steuern und Gebühren inzwischen nicht nur erreicht, sondern bereits überschritten.

### F.D.P.: Staat darf nicht noch mehr abbassieren

Methoden Bescheid als der Produzent selbst, der die Einsatzmaterialien auf der Input-Seite eines Produktionsprozesses bestimmt. Insofern sind die Hersteller gefordert, mit innovativen Technologien abfallarme bzw. recyclingfähige Autos zu bauen.

Dieser Weg ist schon beschritten. Das zeigt der ständige Anstieg der Recycling-Quote der Bestandteile jedes einzelnen Fahrzeugs. Das Prinzip „von der Wiege bis zur Bahre“ haben die großen Automobilhersteller in ihren Leitlinien fest verankert, so daß ihnen auch richtigerweise die umweltgerechte Entsorgung bzw. Recycling obliegen sollen.

Insofern ist unsere Antwort auf die Frage, ob eine Neuzulassung von Autos mit einer Schrottgebühr belegt werden kann, klar: Der Staat darf den Autofahrer nicht noch stärker abbassieren. Produktverantwortung steht dagegen im Vordergrund. Dieses Prinzip wird auch von der Bundesregierung in Zusammenarbeit mit der Automobilindustrie verfolgt.

### GRÜNE: Notwendig ist deutliche Differenzierung

könnten in den PKW-Kaufpreis einfließen und damit zu einem umweltbewußten Kaufverhalten anreizen.

Dazu wäre allerdings erforderlich, daß die Schrottgebühr nicht einheitlich ausfällt, sondern entsprechend den tatsächlich entstehenden Kosten differenziert ausgestaltet wird. Bei Autos, die von vornherein recycling-freundlich konstruiert sind (z. B. Vermeidung von gemischten Kunststoffen), müßte die Schrottgebühr deutlich niedriger sein als bei herkömmlichen PKW.

Hier scheiden sich die Geister: Sowohl CDU als auch SPD scheuten bislang den Konflikt mit der mächtigen Automobilindustrie. Eine einheitliche Schrottgebühr von z. B. 200 Mark/Auto, so Töpfer 1989, wäre viel zu gering, um die bei der Verschrottung anfallenden Kosten verursachergerecht zuzuordnen und das Kaufverhalten gegenüber Autos zu verändern — es bliebe alles beim alten. Notwendig ist eine deutliche Differenzierung der Schrottgebühr: Nur so entsteht ein Anreiz, ein entsorgungsfreundlicheres Auto zu wählen — wenn es denn schon ein Auto sein soll.

## Aktuelle Stunde zu den Todesfällen bei Bluttransfusionen an Düsseldorfer Uniklinik

### Die Ursachen erforschen und verlorenes Vertrauen wiederherstellen

Licht in Ablauf und Zielrichtung der Konsequenzen aus den Todesfällen bei Bluttransfusionen an der Universitätsklinik Düsseldorf versuchten Parlament und Landesregierung in einer Aktuellen Stunde zu bringen, die sich am 9. November auf Antrag der F.D.P. mit dem Thema „Blutskandal der Uniklinik Düsseldorf — Haben die staatlichen Kontrollmechanismen versagt?“ befaßte. Dabei drückten beide Seiten ihre feste Entschlossenheit aus, nach Ermittlung der Ursachen ohne Ansehen der Person die notwendigen Konsequenzen zu ziehen, um das Vertrauen der Menschen in die Qualität der medizinischen Versorgung wiederherzustellen.

Joachim Schultz-Tornau (F.D.P.) stellte anfangs klar, das Thema eigne sich nicht zu parteipolitischer Polemik. Aber das, was sich

Frage kommenden Behörden zu spät informiert worden seien. Die Landesregierung setze, um das beschädigte Vertrauen von Patienten und Öffentlichkeit in die Düsseldorfer Universitätsklinik wiederherzustellen, alles daran, „die Vorgänge aufzuklären, und zwar schonungslos in allen Details und die daraus notwendigen Konsequenzen für die Zukunft zu ziehen“. Die Ministerin schilderte die Aufsichts- und Kontrollmechanismen, denen Klinikum und Blutbank unterliegen und erwähnte die Bildung einer Kommission, die die Ursachen für die Verkeimung des Bluts ermitteln und Empfehlungen zur Abstellung von Mängeln vorlegen solle. Deren Bericht sei abzuwarten. Ungeachtet dessen sei zur Sicherung der Patientenversorgung eine Reihe von Vorkehrungen getroffen worden, die die Ministerin im einzelnen benannte. Worauf sie anfügte: „Im übrigen wäre es verfrüht, schon jetzt definitive Folgerungen aus dem beklagenswerten Geschehen in Düsseldorf zu ziehen. Zunächst ist das Ergebnis der staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen abzuwarten.“ Der — vorhandene — Stufenplanbeauftragte habe den vorgeschriebenen Meldeweg nicht eingehalten.

hen sei, „aber die Auskunft über das Wie müssen uns die Experten erteilen“. Es dürfe kein Zweifel daran gelassen werden, daß man fest entschlossen sei, Konsequenzen zu ziehen, wenn die Angelegenheit geklärt sei und die Berichte vorliegen. In dem komplizierten Regelwerk von Berichts- und Meldepflichten müsse nach Schwachstellen gesucht werden. Aber im Augenblick sei niemand zu entlasten und niemand vorzuverurteilen. Bis zur Klärung müsse dafür gesorgt werden, „daß nicht zusätzlich Ängste in der Bevölkerung geschürt werden“.

Dr. Michael Vesper (GRÜNE) stimmte zu, daß solche menschlichen Katastrophen sich nicht zu politischer Polemik eignen, „trotzdem müssen wir fragen, was hätte anders, was hätte besser organisiert werden müssen, und was müssen wir verändern, damit die Menschen in unseren Krankenhäusern sicherer sind? Mit dreierlei können wir schon heute beginnen: Den Kompetenzwirrwarr beseitigen, die Umsetzung der geltenden gesetzlichen Regelungen besser überprüfen, die Transparenz, auch im ärztlichen Allerheiligsten, erweitern“. Nach dem jetzigen Erkenntnisstand, fuhr Vesper fort, sei nicht nur von einem Schmutzskandal, sondern auch von einem „Skandal der Desinformation und Inkompetenz“ zu sprechen. Wieder einmal sei es eine anonyme Anzeige gewesen, die zum Erkennen der Versäumnisse geführt habe.

Gesundheitsminister Franz Müntefering (SPD) warnte davor, die Ereignisse in Düsseldorf als landesüblich anzusehen: Intensive Kontrollen hätten nichts dergleichen ergeben — im Gegenteil, an den Kliniken und Krankenhäusern werde hochverantwortlich an dieser Aufgabe gearbeitet. Nach Bekanntwerden der anonymen Anzeige sei die Landesregierung sofort aktiv geworden. Die staatlichen Kontrollorganismen seien gut organisiert: „Ich wage heute festzustellen: Mehr war staatlicherseits nicht zu tun.“

Helmut Harbich (CDU) rief dazu auf, die Hygienevorschriften zu überprüfen und die personelle Ausstattung der Blutbank aufzuklären. Die Transportwege und die späte Definition der Blutbank als pharmazeutischer Betrieb seien weitere Punkte.

Vera Dedanwala (SPD) warnte vor dem um sich greifenden Vertrauensverlust der Bevölkerung. Das habe schon zu einem Rückgang in der Bereitschaft zur Blutspende geführt. Die Vorfälle in Düsseldorf hätten gezeigt, daß es im dichten Netz von Kontrollen Schwachstellen gebe; die Kontrolle aller Blutbanken sei zu normieren.

Joachim Schultz-Tornau (F.D.P.) wies zurück, er habe andere Kliniken des Landes in Verdacht bringen wollen; man müsse aber fragen können, ob der Düsseldorfer Vorfall in ähnlicher Weise woanders passieren könne.

Dr. Michael Vesper (GRÜNE) stellte heraus, Gesundheits- und Wissenschaftsminister hätten zwar nach Bekanntwerden eine Menge getan, aber die nachgeordneten Behörden seien offenbar einen Monat lang über die Todesfälle im unklaren gelassen worden. Der Stufenplanbeauftragte sei seiner Verpflichtung nicht nachgekommen. Folglich habe man auch keine Verschärfung, sondern nur die konsequente Anwendung der gesetzlichen Vorschriften verlangt.



Sowohl um Aufklärung als auch um Schadensbegrenzung in einem höchst sensiblen Bereich bemüht (v.l.): Joachim Schultz-Tornau (F.D.P.), Wissenschaftsministerin Anke Brunn (SPD), Georg Gregull (CDU), Dr. Hans Kraft (SPD) und Dr. Michael Vesper (GRÜNE).  
Fotos: Schälte

an der Blutbank der Universitätsklinik Düsseldorf ereignet habe, jage einem „kalte Schauer den Rücken herunter“. Es sei ein bisher in Deutschland nicht vorstellbares Ausmaß an Leichtfertigkeit festzustellen. Es habe — ob sie nun für die Todesfälle verantwortlich seien oder nicht, werde ein noch nicht vorliegender Bericht erweisen — Verunreinigungen in der Blutbank gegeben, hier liegen die Ursachen, auch wenn man noch nicht konkret wisse, worauf dies dort zurückzuführen sei. Regelrecht erschüttert habe ihn auch der Umstand, daß niemand habe sagen können, ob der vorgeschriebene Stufenplanbeauftragte existiert habe oder nicht. „Grauenhaft“ — so der Abgeordnete, sei für ihn die Vorstellung, daß ein Teil der vier Todesfälle unterblieben wäre, wenn rechtzeitig Alarm geschlagen worden wäre. Unter Erwähnung weiterer Vorfälle, die ihm zu Ohren gekommen seien, meinte Schultz-Tornau, es müßten außerordentliche Anstrengungen unternommen werden, um das gestörte Vertrauen wiederherzustellen.

Wissenschaftsministerin Anke Brunn (SPD) bezeichnete es als sehr ernsten Vorgang, daß nicht nur sie, sondern auch die in

Georg Gregull (CDU) stellte Fragen an die Landesregierung und leitete daraus Forderungen ab. So sei zu klären, wie in Zukunft die Meldepflicht nicht mehr derartig vernachlässigt werden kann; dazu müsse bei den Behörden eine Liste der Stufenplanbeauftragten und ihrer Stellvertreter vorhanden sein. Es sei ferner zu klären, ob vielleicht personelle Mängel zu den beiden Todesfällen an einem Wochenende beigetragen haben (Gregull: „Liegen der ganzen Misere möglicherweise generelle Kürzungen im Etat für die Krankenhauspolitik des Landes zugrunde?“). Des weiteren sei es unumgänglich, in der Blutbank das bisher praktizierte Wasserbäderverfahren durch das bereits erprobte und bewährte Infrarotverfahren abzulösen. Des weiteren seien die Transportwege zu sichern und die Wasserproben zu verbessern. Die Aufklärung müsse zügig, vorbehaltlos und ohne Ansehen der Person weitergeführt werden, schloß der Abgeordnete.

Dr. Hans Kraft (SPD) gab zu bedenken, die Frage, wie es dazu kommen konnte, sei heute noch nicht bündig zu beantworten. Man wisse zwar, was und wann es gesche-

## Regierung hält an Braunkohletagebau fest – Opposition: Keine RWE-Zusage

### Garzweiler II bleibt im Landtag weiter umstritten

Der Braunkohletagebau ist nach Einschätzung der Landesregierung für die Energieversorgung Nordrhein-Westfalens unverzichtbar. Darauf machte Wirtschaftsminister Günther Einert (SPD) in einer Regierungserklärung aufmerksam. CDU-Oppositionsführer Dr. Helmut Linssen hingegen nannte das 20-Milliarden-Programm zur Modernisierung der rheinischen Braunkohlekraftwerke eine „Mogelpackung“. RWE habe lediglich ohnehin anstehende Investitionen zusammengerechnet. Die F.D.P. hielt die Vereinbarungen mit RWE für „geradezu abenteuerlich“ vage. Die Grünen lehnten Garzweiler II grundsätzlich ab. Das Thema der Regierungserklärung lautete: „Erneuerung des Kraftwerkparcs im rheinischen Braunkohlenrevier – ein Beitrag zum innovativen und sparsamen Umgang mit Energie.“ Einbezogen war der SPD-Antrag „Braunkohleverstromung als Bestandteil ökologisch verantworteter Energiepolitik“ (Drs. 11/7944).



Die Entscheidung über Garzweiler II, eine der schwierigsten politischen Fragen: v.l. Wirtschaftsminister Günther Einert (SPD), CDU-Fraktionschef Dr. Helmut Linssen, Bernd Poulheim (SPD), Hagen Tschoeltsch (F.D.P.) und Gerd Mai (GRÜNE).  
Fotos: Schälte

**Wirtschaftsminister Günther Einert** (SPD) stellte in der Regierungserklärung fest, die Landesregierung sei unverändert überzeugt, daß der Einsatz von Braunkohle energiewirtschaftlich und energiepolitisch notwendig sei. Der Braunkohlebedarf werde so groß sein, daß er nur mit Garzweiler II gedeckt werden könne. Für die Landesregierung sei eindeutig, daß Kernenergie und Importkohle keine denkbaren Alternativen seien. Der Minister berichtete, RWE Energie werde Zug um Zug neue Braunkohlekraftwerke bauen und mit Rheinbraun ein Forschungsprogramm von rund 50 Millionen Mark mit dem Ziel auflegen, so schnell wie möglich die KoBra-Technik zur Verfügung zu stellen. Die Landesregierung gehe davon aus, daß die KoBra-Technik ab 2004 großtechnisch realisierbar sei.

**Dr. Helmut Linssen** (CDU), Fraktionsvorsitzender, meinte: „Warum sagen wir, daß das Ganze eine Mogelpackung ist?“ Ganz einfach, weil die Botschaft verdeckt werde und offensichtlich auch verdeckt werden solle, daß die Regierung von den Forderungen aus der Regierungserklärung zur Leitentscheidung am 24. September 1991 abgerückt sei. Durch die neue Kraftwerksgeneration sollte das CO<sub>2</sub>-Problem gelöst werden. Das sei die Voraussetzung gewesen, die man 1991 an die Genehmigung von Garzweiler II geknüpft habe. Nach dem, was die Landesregierung vorlege, habe man jedoch zu erwarten, „daß wir in Nordrhein-Westfalen den gleichen CO<sub>2</sub>-Ausstoß haben werden“. RWE habe sich lediglich verpflichtet, den Kohlendioxid-Ausstoß je erzeugter Kilowattstunde bis zum Jahr 2030 um 27 Prozent zu senken. Das reiche nicht aus. „Wir wollen einen Qualitätssprung in der Klimavorsorge und eine abso-

lute Kohlendioxid-Minderung“, forderte Linssen.

**Bernd Poulheim** (SPD) sagte, die SPD stelle sich bei der Entscheidung zum Braunkohlenabbau in NRW ihrer gesellschaftlichen Verantwortung. Zum einen benötige die Wirtschaft einen kostengünstigen einheimischen Energieträger, zum anderen müßten die ökologischen Beeinträchtigungen aus der Energieerzeugung reduziert werden. Die SPD habe sich für die Wahl des kleineren Übels entschieden und sei nicht bereit, die unkalkulierbaren Risiken der Kernenergie gegen die kalkulierbaren Risiken anderer Energieträger einzutauschen.

### Parlaments-Vizepräsident des Libanon im Landtag

Im Rahmen seines Deutschlandbesuches mit wichtigen Stationen in Bonn, Berlin und in den neuen Bundesländern, besuchte der stellvertretende Präsident des libanesischen Parlamentes, Elie Ferzli, den nordrhein-westfälischen Landtag. Bei einem Empfang durch den Vizepräsidenten des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ulrich Schmidt, an dem auch der SPD-Landtagsabgeordnete Dr. Bernhard Kasperek teilnahm, wurden Möglichkeiten der Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen den Parlamenten erörtert. Vizepräsident Ferzli berichtete über den erfolgreichen Wiederaufbau seines Landes und die weitere Demokratisierung im Libanon und erhofft wirtschaftliches Engagement gerade aus Nordrhein-Westfalen. Das NW-Parlament begrüßte die libanesische Delegation während der Plenarsitzung mit herzlichem Beifall.

**Hagen Tschoeltsch** (F.D.P.) meinte, die Landesregierung habe sich als „unehrlicher Makler“ betätigt. RWE investiere, erhalte eine unternehmensbedeutsame amtliche Abbaugenehmigung, die Landesregierung verkaufe sich als Umweltschützer, und die Bürger bezahlten 20 Milliarden Mark. Denn die 20 Milliarden würden über den Strompreis an die Stromkunden weitergegeben. „Das ist die Wahrheit dieses Vertrages.“

**Gerd Mai** (GRÜNE) betonte, man stehe heute vor einer einzigartigen Chance. Man könne jetzt entscheidende Weichenstellungen für eine ökologisch und letztendlich auch ökonomisch vernünftige Energieversorgungsstruktur im Sinne der Forderungen des Klimaschutzberichtes und der einvernehmlichen Empfehlungen der Klimaschutz-Enquetekommission des Bundestages vornehmen. Diese Chance nähmen die Landesregierung und die SPD-Fraktion nicht wahr. Sie versagten vor dieser Herausforderung und machten sich einmal mehr zum Erfüllungsgehilfen des großen monopolistischen Energieversorgers, des RWE hier in NRW.

**Klaus Strehl** (SPD) schloß, daß wirksame Schritte zur Entlastung des Klimas ebenso wie zur Sicherung der Energieversorgung nur von der SPD-Fraktion garantiert werden könnten.

**Laurenz Meyer** (CDU) riet den Unternehmen, eine Entscheidung wie über Garzweiler II nur im Konsens der großen Parteien und nicht in Einzelgesprächen mit zwei Ministern zu fällen.

**Hans Alt-Küpers** (SPD) sagte, im Mittelpunkt der Debatte müsse die prozentuale Verringerung des Braunkohleneinsatzes zur Erzeugung einer bestimmten Menge Strom stehen. „Das muß unser Ziel sein.“

**Umweltminister Klaus Matthiesen** (SPD) erklärte: „Wir haben Wert darauf gelegt, daß auch künftig, auch nach zehn, 15 oder 20 Jahren, Waffengleichheit zwischen einem investitionsbereiten Konzern und einer Landesregierung bestehen bleibt, die ökologisch darauf zu achten hat, daß ein Abbauvorhaben vernünftig läuft.“

**Dr. Manfred Busch** (GRÜNE) hielt der Landesregierung vor, wenn sie Braunkohle als die Alternative zur Atomkraft verkaufe, blende sie systematisch die Möglichkeiten der Energiesparung aus.

**Professor Dr. Friedhelm Farthmann** (SPD) stellte fest: „Die Landesregierung handelt nicht im Interesse von RWE – was ist das für eine kindische Vorstellung!“ Sondern die Landesregierung handle im Interesse der Stromversorgung „unserer Bürger“. Farthmann räumte ein, daß das Vorhaben Garzweiler II für viele eine Zumutung sei, die davon betroffen seien. Man wisse, daß damit Opfer im Interesse des Gemeinwohls verlangt würden. „Wir wissen aber auch, daß in der Demokratie Gemeinnutz vor Eigennutz geht.“



Freiwillige Vereinbarungen über die Frauenförderung, Gegenstand der Aussprache im Landtag (v. l.) mit Marianne Hürten (GRÜNE), Brigitte Speth (SPD), Hannelore Brüning (CDU), Ruth Witteler-Koch (F.D.P.), Ministerin Ilse Ridder-Melchers (SPD) und weiteren Rednerinnen, haben NRW-Unternehmen signalisiert. Fotos: Schälte

## Große Anfrage der Grünen: Fraueninteressen bei Wirtschaftsförderung SPD und CDU nehmen die NRW-Unternehmer in die Pflicht

Nach der Aussprache über die Große Anfrage der Grünen „Vernachlässigung von Fraueninteressen in der Wirtschaftsförderungspolitik“ und die Antwort der Landesregierung (Drs. 11/6919 und Vorlage 11/3169) lehnte der Landtag am 9. November den Grünen-Antrag „Mehr Frauenförderung in Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik“ (Drs. 11/5404) ab und nahm den SPD-Antrag „Berufliche Förderung von Frauen hat in NRW Tradition“ (Drs. 11/7967) an.

**Marianne Hürten** (GRÜNE) begründete die Große Anfrage mit dem Wunsch, Licht in das Dunkel der Landespolitik bei der Gleichberechtigung von Frauen am Erwerbsleben zu bringen. Ein Gutachten, das die Verknüpfung von Frauenförderung mit Auftragsvergabe als möglich ergab, sei dem Landtag erst nach langem Bohren zugänglich gemacht worden. Die Ministerin kündige diese Bindung seit April 1994 an. Im Alltag der Regierungsarbeit habe sie nicht viel zu melden. Für den Wirtschaftsminister sei Frauenförderung ein Fremdwort. Nur der 1443. Teil der Ausgaben für Wirtschafts- und Arbeitsmarktförderung im Haushalt 1995 werde für reine Frauenprogramme ausgegeben, 0,07 Prozent. Selbst bei wachsender Massenarbeitslosigkeit kämen Frauen nur 20 Prozent der direkten Arbeitsförderung zugute. Dagegen gebe der Wirtschaftsminister mehr als eine Milliarde Mark für direkte Unternehmenssubventionen aus. Männerdominierte Branchen würden bevorzugt gefördert. Im Mai 1994 seien 120 Millionen für Stahlarbeiter zusätzlich bewilligt worden. Auch bei Messen, Beratung und Forschung gebe sich Einert zugeknöpft. Rund 500 000 Frauen müßten in NRW zusätzlich am Erwerbsleben beteiligt werden, um den Rückstand gegenüber anderen Bundesländern aufzuholen. Die Grünen wollten die Hälfte aller Wirtschaftsförderungsmittel für die Frauen, die paritätische Besetzung der Vergabegremien und die Absicherung der Beratungsstellen „Frau und Beruf“.

**Brigitte Speth** (SPD) wandte ein, die Wirtschaft sei für Arbeitsplätze verantwortlich. Ein Land könne sie nur unterstützen. NRW setze seine Mittel in Montanregionen ein, wo

auch Frauenarbeitsplätze entstünden. Von klassischen Frauenberufen auf den gewerblich-technischen Bereich überzuleiten, sei schwer. NRW habe eine Menge vorzuweisen. Es sei Vorreiter in Sachen Frauenförderung, das Mädchenprogramm und der Lehrlingserlaß, die Regionalstellen Frau und Beruf seien zu nennen. Nach zweifelhaftem Erfolg müßten Programme überprüft werden. Das Mädchenprogramm sei richtig gewesen, habe aber bei der Berufswahl nichts verändert. Unverzichtbar sei das Vorbild von Frauen in Naturwissenschaft und Technik. Auf ihre Präsenz bei Kongressen sei zu achten. Die Regionalstellen Frau und Beruf sollten wirklich für die gesamte Region stehen und untereinander vernetzt sein. Sie trügen zur Stärke bei und verringerten Folgekosten von Arbeitslosigkeit. Das Aktionsprogramm Frau und Beruf schreibe alle Regelungen fest und sei beispielhaft. Es sei ein Skandal, daß bundesweit 2,6 Millionen Frauen sozial ungesichert beschäftigt seien. Öffentliche Aufträge dürften nur an Betriebe vergeben werden, die ihre Arbeitnehmerinnen versichern. Hochausgebildete Frauen seien für Unternehmen von hohem Wert.

**Hannelore Brüning** (CDU) notierte Ungleichbehandlung im Antrag der Grünen, wenn Landesförderung nur Unternehmen mit Aufträgen unter 200 000 ECU erhalten sollten. Der Mittelstand reagiere flexibel und solle nicht neuen Richtlinien unterworfen sein. Fast keine Aufträge würden mehr vergeben, wenn geringfügige Beschäftigung ausgeschlossen sei. Das gehe an der Wirklichkeit vorbei. Viele Frauen wollten dies. Eigenverantwortung würde verdrängt. Bei Teilzeitarbeit gebe es Handlungsbedarf. Seriöse Wirtschaftspolitik müsse ganzheitlich sein. Familie und Beruf sollten vereinbar sein.

**Ruth Witteler-Koch** (F.D.P.) sah viel blinden Aktionismus und Bleiwüsten von Programmen. Die Publikation „Frauen in NRW“ wiege fünf Pfund, das bringe nicht weiter. Zwar seien Zahlen positiv, die das Aufholen bei Ausbildung und Erwerbstätigkeit zeigten. Die Frauenförderung in der Wirtschaft solle in die Hand des Wirtschaftsministers gehen. Das Aktionsprogramm Frau und Beruf löse

Verunsicherung aus und baue neue Hemmnisse auf. Der Sanktionskatalog der Grünen sei eine Folterkammer und werde von der F.D.P. abgelehnt. Das Frauenministerium sei obsolet, wenn Frauenpolitik als Querschnittsaufgabe gesehen werde.

**Ilse Ridder-Melchers** (SPD), Ministerin für die Gleichstellung von Frau und Mann, vermißte konkrete Vorschläge von der F.D.P., über deren Männermachtkämpfe sie nicht reden wolle. Die Frauen machten sich ganz schön selbst auf die Socken und verdienen das Nachhelfen. In kleinen Unternehmen sei man für gesetzliche Initiativen offen. Der Trend zum Dienstleistungsbereich bringe Arbeitsplätze für Frauen. 33 Regionalstellen Frau und Beruf seit 1988 entsprächen den Arbeitsmarktbezirken und müßten von allein kommunaler Finanzierung wegkommen. In NRW sei „viel los“. Die Grünen-Regelungen seien nicht vertretbar. Auftragsvergabe mit Frauenförderung zu koppeln, sei rechtlich zulässig, komme aber nur bei Betrieben mit öffentlichen Aufträgen zum Zuge. Das Wiedereingliederungsprogramm sei erfolgreich. Dafür stünden jährlich 16 Millionen Mark zur Verfügung. NRW habe ein gutes Klima für Frauen.

**Dr. Manfred Busch** (GRÜNE) sah eine andere Wirklichkeit und viele unverbindliche Formulierungen, aus denen keine Förderung von Frauen abgeleitet werden könne. Das Aktionsprogramm sei heiße Luft. Die Mittel seien schon weit vor dem Jahresende ausgeschöpft.

**Helga Gießelmann** (SPD) hielt einen Rückblick auf Erreichtes für wichtig und plädierte für das Einarbeiten von Frauenaspekten in regionale Strukturkonzepte. Das Aktionsprogramm Frau und Beruf enthalte die Forderungen der F.D.P. und sei auch für den Standort NRW wichtig. Frauen würden besondere kooperative Fähigkeiten und Führungsstile zugeordnet, auf die die Wirtschaft künftig stärker angewiesen sei. Mit Überzeugungsarbeit und Anreizen solle nicht nachgelassen werden. Die Wirtschaft signalisiere freiwillige Vereinbarungen. Gespräche mit der Landesregierung seien abzuwarten.

Fortsetzung Seite 12

## Biologische Kleinkläranlagen bald als Dauerlösung erlaubt

Hauseigene Kleinkläranlagen sind in Nordrhein-Westfalen künftig als Dauerlösung für die Abwasserreinigung erlaubt. In der Fragestunde des Landtags am vergangenen Mittwoch kündigte Umweltminister **Klaus Matthiesen** (SPD) einen entsprechenden Erlaß an. Der Minister antwortete auf eine Mündliche Anfrage des SPD-Abgeordneten **Johannes Gorlas**.

Gorlas erinnerte in seiner Anfrage an einen Einführungserlaß des Ministers aus dem Jahre 1991, in dem darauf aufmerksam gemacht worden sei, daß ausschließlich die Ausfallgrube mit der anaeroben biologischen Behandlung als allgemein anerkannte Regel der Technik gelte. Aus dem Runderlaß gehe klar hervor, daß die mechanische Behandlung in Absetzgruben nicht für Kleinkläranlagen am Außenbereich als Dauerlösung gelte. Obwohl dieser Tatbestand eindeutig geregelt sei, habe der Umweltminister in einer Debatte im September 1994 den Eindruck hervorgerufen, er wolle seinen Erlaß von 1991 in der Form modifizieren, daß

meinden ergebe sich daraus aber auch die Verpflichtung, in den Abwasserbeseitigungskonzepten die Bereiche anzugeben, die an den Kanal angeschlossen werden sollten. Durch diese Klarstellung würden die Bürger im Außenbereich und die Gemeinden im ländlichen Raum vor vermeidbaren finanziellen Belastungen geschützt.

Der stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende **Hartmut Schauerte** wollte wissen, ob der Erlaß mit dem Justizministerium so besprochen werde, daß den Staatsanwaltschaften intensive Kenntnis von dieser Einschätzung gegeben werde. Matthiesen sagte dazu, sein Erlaß werde eindeutig als



Vor Eintritt in die Tagesordnung: Ministerpräsident Johannes Rau (rechts vorne) im Gespräch mit Justizminister Dr. Rolf Krumsiek. Zwischen beiden am Tisch Finanzminister Heinz Schluëßer (alle SPD). Foto: Schälte

auch einfache Absetzgruben im Außenbereich als Dauerlösung den allgemein anerkannten Regeln der Technik entsprechen. Der Abgeordnete wollte wissen, ob dieser Aussage ein Mißverständnis zugrunde liege. Der Minister machte darauf aufmerksam, durch den neuen Erlaß werde geregelt, daß Kleinkläranlagen in den Gebieten, in denen sie unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten sinnvoll und gesetzlich zulässig seien, im Dauerbetrieb eingesetzt werden könnten. Diese Ausnahme gelte aber nur für die biologisch arbeitenden Ausfallgruben, nicht für die mechanischen Absetzgruben. Matthiesen folgerte, das schaffe für die Gemeinden Klarheit. Sie könnten damit eindeutig festlegen, welche Gebiete an den Kanal angeschlossen würden und welche nicht. Sie legten damit den Umfang ihrer Abwasserbeseitigungspflicht auf Dauer fest. Für die Dauer der Funktionstüchtigkeit sollten die Gemeinden ferner mit Billigkeitsmaßnahmen reagieren. Es sollte dann nicht mehr passieren, daß ein Bürger eine ordnungsgemäße Kleinkläranlage im Außenbereich errichte und kurze Zeit später mit den Kosten für den Kanalanschluß belastet werde. Für die Ge-

allgemein anerkannte Regel der Abwassertechnik deklariert. Es gebe dann keinen Beanstandungsgrund für die Strafverfolgungsbehörden mehr.

Der CDU-Abgeordnete **Heinrich Kruse** fragte, ob in dem angekündigten Erlaß auch etwas über die Wasserschutzzone stehen werde. Der Minister stellte dazu fest, er wisse, daß es hier ein Problem gebe. Das könne man aber nicht durch einen allgemeinen Erlaß regeln, sondern nur individuell in den jeweiligen Schutzgebietsausweisungsverordnungen.

### Kindergärten

Der Landesregierung lägen keine Erkenntnisse darüber vor, daß Tageseinrichtungen für Kinder aufgrund der verringerten Sachkostenpauschale von der Schließung bedroht seien. Darauf verweist Sozialminister Franz Müntefering (SPD) in seiner Antwort auf eine Kleine Anfrage der F.D.P.-Abgeordneten Ruth Witteler-Koch und Michael Rupert (Drs. 11/7953).

## Stärkere Präsenz im Wachstumsmarkt Asien angemahnt

Einen fraktionsübergreifenden Antrag (Drs. 11/7964) hat der Landtag angenommen, in dem deutsche Unternehmen aufgefordert werden, sich stärker auf den asiatischen Wachstumsmärkten zu engagieren.

**Helmut Kupski** (SPD) nannte die Präsenz deutscher Firmen auf dem Wachstumsmarkt der Zukunft viel zu schwach. Damit liefen sie Gefahr, ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit zu verlieren. Es sei dringender Handlungsbedarf gegeben. Durch eine engere Kooperation zwischen Staat und Wirtschaft seien die notwendigen Voraussetzungen zu schaffen.

**Laurenz Meyer** (CDU) wies darauf hin, bis zur Jahrtausendwende würden 30 Prozent des Weltsozialprodukts in Südostasien erwirtschaftet. Hier seien hohe Wachstumsraten zu erwarten. Die Hilfen des Landes sollten sich auf die mittelständische Wirtschaft konzentrieren. Die Politik habe Rückendeckung und jede nur mögliche Unterstützung zu gewähren.

**Hagen Tschoeltsch** (F.D.P.) forderte mehr Kreativität von Landtag und Landesregierung. Nur knapp ein Prozent des Etats des Wirtschaftsministers werde für Wirtschaftsförderung im Ausland ausgegeben; das sei nicht richtig. Auch er betonte die Notwendigkeit einer aktiven Mittelstandspolitik.

**Dr. Manfred Busch** (GRÜNE) kritisierte die „Philosophie“ des Antrags. Außenwirtschaftsförderung sei Kompetenz des Bundes. Die Unternehmen müßten sich selber anstrengen, dort präsent zu sein. Wenig halte er davon, deutsche Botschaften zu instrumentalisieren, Exportaufträge zu subventionieren und das Kartellrecht auszuhebeln.

**Innenminister Dr. Herbert Schnoor** (SPD) schloß in Vertretung des erkrankten Wirtschaftsministers Hilfe der Politik nicht aus, die Forderung einer engeren Kooperation sei richtig. Der Bund müsse sich endlich stärker auf diesem Gebiet engagieren, bisher halte er sich sehr zurück und werde erst aktiv, wenn die Initiative der Länder Erfolge zeigten. „Das reicht uns nicht“, betonte Schnoor.

### Ozon-Vorläufersubstanzen

Zu den wichtigsten Emissionsquellen der Ozon-Vorläuferstoffe gehöre neben der Anwendung von Lacken und Lösemitteln, den Anlagen der Wärme- und Energieerzeugung, der keramischen Industrie, der Glasherstellung, der Metallerzeugung und -verarbeitung, der chemischen Industrie sowie der Oberflächenbehandlung mit organischen Stoffen insbesondere der Autoverkehr. Darauf verweist Umweltminister Klaus Matthiesen (SPD) in seiner Antwort auf eine Kleine Anfrage von acht CDU-Abgeordneten, in der u. a. eine Bilanz der Ozon-Vorläufersubstanzen gefordert worden war (Drs. 11/7952).

## Entscheidung liegt bei Innenminister Kanther in Bonn

Deutliche Meinungsunterschiede in der Beurteilung der Lage in den Heimatländern von abgelehnten Asylbewerbern aus den kurdischen Siedlungsgebieten in der Türkei und im (restjugoslawischen) Kosovo traten bei der Aktuellen Stunde um die Verlängerung des Abschiebestopps für Kurden und Kosovo-Albaner im Plenum zu Tage. Der Landtag erörterte auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN am 10. November dieses Thema.

**Siegfried Martsch** (GRÜNE) sah in der Lage der Kurden in der Türkei keine Wende zum Besseren: Seit zwei Monaten würden die Dörfer in der Provinz Dersim systematisch niedergebrannt (Martsch: „Hier herrscht nicht nur Krieg, sondern Vernichtungskrieg einer hochgerüsteten staatlichen Militärmaschinerie gegen die dort ansässige Zivilbevölkerung“), für die bedrohten und verfolgten Menschen gebe es keine inländische Fluchtalternative mehr, und auch das Auswärtige Amt habe bestätigt, daß es bei zurückkehrenden kurdischen abgelehnten Asylbewerbern ständig zu Übergriffen komme. Der Abgeordnete: „Wer in dieses Land abschiebt, macht sich schuldig. Ich persönlich werde darauf achten, daß jeder, der abgeschoben wird und zu Schaden kommt, demjenigen in diesem Land zugeordnet wird, der für die Abschiebung verantwortlich ist“.

**Edgar Moron** (SPD) stellte klar, daß der von Landesinnenminister verfügte Abschiebestopp für Kurden Ende des Monats auslaufe und daß dann der Bundesinnenminister darüber zu entscheiden habe, ob es einen weiteren Abschiebestopp gibt oder nicht. Gleichwohl müsse befürchtet werden, „daß Kurden, die in die Türkei abgeschoben werden, durchaus der Gefahr an Leib und Leben ausgesetzt sein können“. Darum sollten alle Fraktionen den Landesinnenminister auffordern, darauf hinzuwirken, daß der Abschiebestopp verlängert wird und den Bundesinnenminister bitten, daß er von der Abschiebestoppverlängerung Gebrauch macht. Was die Rückführung von Kosovo-Albanern angehe, so sei die in das ehemalige Jugoslawien praktisch nicht möglich — daran werde sich auch in absehbarer Zeit nichts ändern.

**Heinz Paus** (CDU) stand auf dem Standpunkt, eine Gruppenverfolgung der Kurden sei nach den zur Verfügung stehenden Informationen nicht anzunehmen — das gelte auch im Fall der Kosovo-Albaner. Schon aus Kompetenzgründen habe NRW keine Möglichkeit, einen dauerhaften Abschiebestopp zu verfügen. Paus wörtlich: „Ein Signal für die Anerkennung der Gruppenverfolgung für alle Kurden, für alle zwölf Millionen Kurden in der Türkei, würde einen ungeahnten Zuwanderungsdruck nach Deutschland auslösen“. Einen Ausweg biete nur die Kooperation mit der demokratisch gewählten türkischen Regierung, „um die Situation vor Ort und auch in Südostanatolien zu entspannen und vor Ort zum Wiederaufbau in den Bürgerkriegsgebieten beizutragen“. Eine Bejahung der Gruppenverfolgung der Kosovo-Albaner, fuhr Paus fort, würde die serbische Politik



Den über die Landesliste nachgerückten CDU-Abgeordneten Gerhard Jacobs aus Geldern hat Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe am vergangenen Mittwoch zu Beginn der Beratungen im Plenum verpflichtet. Jacobs ist für den verstorbenen Abgeordneten Heinrich Dreyer nachgefolgt. „Ich wünsche Ihnen für den Rest der Legislaturperiode viel Spaß und Erfolg bei der Arbeit“, schloß die Präsidentin. Foto: Schälte

der Verdrängung letztlich ermutigen, „weil es dann ja einen Ausweg für die unter Druck Stehenden nach Deutschland gäbe“.

**Dagmar Larisika-Ulmke** (F.D.P.) mahnte ein einheitliches Vorgehen der Länderinnenminister an; es gehe nicht länger an, daß jedes Land seine eigenen Interessen vertreten will. Das führe nur dazu, daß letzten Endes diejenigen, die „aus Not und Verzweiflung zu uns kommen“, die Dummen seien. Darum müsse der geforderte „Runde Tisch“ der Länder her. Es bestehe aber Einigkeit darüber, daß Bürgerkriegsflüchtlinge, wenn sich die Situation bereinigt habe, wieder in ihre Heimat zurückkehren müßten. Auch sie plädierte dafür, vor „hektischen Einzelfalldiskussionen“ die Beschlüsse der anstehenden Innenministerkonferenz abzuwarten.

**Manfred Bruckschen** (SPD) wollte nicht in der Haut von Innenminister Schnoor stecken: Der von ihm verfügte Abschiebestopp laufe aus und sei ohne das Einvernehmen mit dem Bund nicht zu verlängern. Schnoors Bemühungen, über Parteigrenzen hinweg ein einheitliches Vorgehen zu erreichen, seien bisher gescheitert; dennoch müsse er diese Bemühungen fortsetzen, weil nicht auszuschließen sei, daß den Menschen bei ihrer Abschiebung keine Gefahr drohe. Mit seiner Forderung eines Abschiebestopps für Kosovo-Albaner sei NRW seinerzeit allein geblieben, auch die Hohe Flüchtlingskommissarin der UNO habe diese Forderung nicht mitgetragen.

**Ruth Hieronymi** (CDU) warnte vor Enttäuschungen, wenn die in generelle Lösungen gesetzten Erwartungen sich nicht erfüllten. Die Wanderungsursachen seien nur zu beiseitigen, „wenn wir in den Heimatländern an die Wurzeln der Übel gehen“. Die Erfahrungen mit der sehr unter Wanderungsdruck stehenden Volksgruppe der Roma und Sinti sollten der Landesregierung eigentlich Anlaß zum Nachdenken geben. Für die Innenministerkonferenz gelte das Motto: „Sorgfältigste Einzelfallprüfung in der Frage des Abschiebestopps für Kurden und für Kosovo-Albaner, aber nicht die Hoffnung erwecken,

es könnte einen generellen Abschiebestopp als Instrument für ethnisch bedrohte Gruppen geben, für den sich dieses Land einsetzen würde“.

**Roland Appel** (GRÜNE) meinte, so allgemein könne man nicht mit den Menschenrechten umgehen. Im Kosovo werde systematisch gefoltert und die Bevölkerung terrorisiert. Das rechtfertige sehr wohl einen Abschiebestopp nach Ansicht seiner Fraktion. Der Landesinnenminister solle den Bundesinnenminister auffordern, seine gesetzliche Pflicht wahrzunehmen und nach dem Ausländergesetz zu entscheiden. Er müsse sich zwar mit den Ländern abstimmen, könne sich aber nicht auf die Bund-LänderInnenministerkonferenz berufen, denn ein solches verfassungsmäßiges Institut gebe es nicht.

**Innenminister Dr. Herbert Schnoor** (SPD) gab sich nicht optimistisch: Zwar werde er auf der Innenministerkonferenz alle Möglichkeiten vortragen, „aber wir sollten uns darauf einstellen: Am 30. November wird der Abschiebestopp bei uns auslaufen, und wir werden es voraussichtlich nicht erreichen, daß der Bundesinnenminister einer Verlängerung über den 30. November hinaus zustimmt. Das heißt, dann werden Rückführungen bei uns beginnen. Ich bitte dafür um Ihr Verständnis. Ich bleibe allerdings dabei, daß ich dem Schicksal der Zurückgeschickten im Einzelfall nachgehen werde, auch durch Rechtsanwaltsbüros in der Türkei“.

**Heinz Paus** (CDU) meinte unter Hinweis auf das Vorgehen bei den Roma und Sinti, dies sei ein Paradebeispiel dafür, „wie man es nicht machen sollte, wie man falsche Hoffnungen geweckt hat“. Er unterstreiche die Meinung des Landesinnenministers zur Möglichkeit von Kurden, im Westen der Türkei unbehelligt zu leben.

**Dr. Herbert Schnoor** (SPD) machte deutlich, allein Nordrhein-Westfalen kümmere sich vor Ort intensiv um die Bekämpfung von Fluchtursachen, in Skopje und im Nordirak: Da tue man genauso viel, wenn nicht mehr als der Bund.

## Das ganze staatliche Handeln in Sachen Balsam steht auf dem Prüfstand

### Parlamentarischer Untersuchungsausschuß hat inzwischen seine Arbeit aufgenommen

Am 8. November ist der Parlamentarische Untersuchungsausschuß III (PUA III) zu einer ersten Sitzung zusammengetreten. Wie berichtet, hatte der Landtag am 2. November auf einer Sondersitzung beschlossen, die Vorfälle im Zusammenhang mit der Milliardenpleite des ostwestfälischen Sportbodenherstellers Balsam AG einer parlamentarischen Überprüfung zu unterziehen, um staatliches Handeln in diesem aufsehenerregenden Fall von Wirtschaftskriminalität zu würdigen.

In einem gemeinsamen Wahlvorschlag der vier Fraktionen (Drs. 11/7941), der ohne Gegenstimme bei der Sondersitzung angenommen worden war, sind der SPD-Abgeordnete Dr. Dieter Haak, ehemaliger Justiz-

minister des Landes, zum Vorsitzenden und der CDU-Abgeordnete Helmut Diegel, Mitglied des Rechtsausschusses und des Ausschusses für Haushaltskontrolle, zum stellvertretenden Vorsitzenden bestimmt worden.

Für die SPD-Fraktion gehören als ordentliche Mitglieder diesem Gremium an: Manfred Böcker, Walter Grevener, Günter Harms, Manfred Lucas, Manfred-Ludwig Mayer und Egbert Reinhard. Die CDU entsendet neben Helmut Diegel Heinz Paus und Winfried Schittges. Die F.D.P. ist mit Joachim Schultz-Tornau und die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit Dr. Michael Vesper vertreten. Damit wurden nach dem Untersuchungsausschußgesetz des Landes alle Fraktionen, was ihre Sitze im Untersu-

chungsausschuß anbetrifft, gemäß ihrem Stärkeverhältnis berücksichtigt. Nach demselben Gesetz ist der Vorsitzende nicht stimmberechtigt und wird (als „Neutraler“) nicht auf die Zahl der gewählten Mitglieder angerechnet.

Der elfköpfige Untersuchungsausschuß hat im Einsetzungsbeschuß des Plenums (Drs. 11/7916 neu) den Auftrag bekommen, das Verhalten

- der Landesregierung, insbesondere des Justizministers und seines Ministeriums,
- der Behörden des Landes, insbesondere der Generalstaatsanwaltschaft Hamm und der Staatsanwaltschaft Bielefeld, und
- der Anstalten des Landes und der Beteiligungsgesellschaften aufzuklären im Zusammenhang mit der Mißachtung von steuer- und strafrechtlichen Vorschriften durch:
  - a) Verantwortliche der Firmen (einschließlich Tochter- und Teilungsunternehmen)
    - Balsam Sportstätten GmbH & Co KG, Steinhagen,
    - Balsam AG, Steinhagen,
    - Procedo GmbH, Wiesbaden
  - b) verantwortliche Wirtschaftsprüfer, die für die unter a) genannten Firmen und Personen im Zusammenhang mit strafrechtlich relevanten Finanzmanipulationen der Balsam AG zuständig waren.



Konstituierende Sitzung des dritten Parlamentarischen Untersuchungsausschusses (v. l.): Ausschußvorsitzender Dr. Dieter Haak (SPD), Ausschußassistentin Maria Anna Schmitz, Abteilungsleiter Ernst Becker und Stenographin Heike Niemeyer. Foto: Schälte

### Staatsanwälte in Paderborn ermitteln gegen unbekannte Justizbedienstete

Der Parlamentarische Geschäftsführer der Grünen, Dr. Michael Vesper, hatte einer Dringlichen Anfrage die Frage „Weiteres Ermittlungsverfahren im Zusammenhang mit der Balsam-Affäre?“ vorangestellt. Es sollte laut Zeitungsberichten wegen Verletzung von Dienstgeheimnissen gegen Unbekannt ermittelt werden. Vesper wollte wissen, auf wessen Veranlassung dieses Ermittlungsverfahren eingeleitet worden sei. Justizminister Dr. Rolf Krumsiek (SPD) stellte in seiner Antwort fest: „Das angesprochene Ermittlungsverfahren ist vom Generalstaatsanwalt in Hamm eingeleitet worden.“

Als Hintergrund beschrieb der Minister, unter dem Datum 5. Oktober 1994 habe der Polizeipräsident in Bielefeld dem Innenministerium Kopien aus den Akten des bei der Staatsanwaltschaft Bielefeld gegen die Verantwortlichen der Balsam AG geführten Ermittlungsverfahren übersandt, und zwar Kopien der Ende 1992 bei der Staatsanwalt-

schaft Bielefeld eingegangenen anonymen Strafanzeige, eines polizeilichen Aktenvermerks von Oberstaatsanwalt Schmiedeskamp vom 10. Dezember 1992 über eine Besprechung vom Vortrag zwischen Vertretern der Staatsanwaltschaft Bielefeld und der Finanzverwaltung sowie einer Seite des Inhaltsverzeichnisses der Ermittlungsakten. Diese Unterlagen seien nach einem in den Akten befindlichen Vermerk der Polizei Bielefeld durch den Abgeordneten Dr. Vesper übergeben worden. Das Innenministerium habe den Bericht des Polizeipräsidenten und die Unterlagen an das Justizministerium übersandt.

Der Generalstaatsanwalt in Hamm habe den Anfangsverdacht für das Offizialdelikt der Verletzung des Dienstgeheimnisses für gegeben erachtet und den Leitenden Oberstaatsanwalt in Paderborn mit der Durchführung des Verfahrens beauftragt, das sich zunächst gegen unbekannte Justizbedienstete als Amtsträger richte.

### Beweisbeschuß

Auf seiner ersten Sitzung hat der III. Parlamentarische Untersuchungsausschuß unter dem Vorsitz von Dr. Dieter Haak (SPD) einstimmig folgenden Beweisbeschuß gefaßt: „Zur Beweiserhebung über die Themen des vom Landtag beschlossenen Untersuchungsauftrags sind alle Akten beizuziehen, die im Zusammenhang mit diesen Themen stehen, und zwar

1. des Justizministeriums des Landes Nordrhein-Westfalen,
2. der Generalstaatsanwaltschaft Hamm,
3. der Generalstaatsanwaltschaft Köln, soweit sie im Rahmen der Sonderprüfung durch den Ltd. Oberstaatsanwalt Gerd Bönning entstanden sind,
4. der Staatsanwaltschaft Bielefeld – soweit es sich um Ermittlungsakten handelt, sind diese in Kopie vorzulegen; soweit es sich um Beiakten und beschlagnahmte Akten handelt, ist zunächst lediglich eine vollständige Auflistung vorzulegen, und zwar bis zum Stichtag 2. November 1994,
5. des Finanzministeriums des Landes Nordrhein-Westfalen, seiner Oberfinanzdirektion Münster und der mit dem Firmenkomples Balsam befaßten Finanzämter in Bielefeld,
6. der Westdeutschen Landesbank (WestLB) und ihrer Tochter, der Westdeutschen Kapitalbeteiligungsgesellschaft (West-KB), und zwar im Rahmen ihrer gesetzlichen Vorlagepflicht,
7. des Innenministeriums des Landes Nordrhein-Westfalen und
8. der Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen.

Die Akten sind dem Ausschuß bis zum 26. November 1994 vollständig vorzulegen. Fehlblätter und Fehlakten sind zu kennzeichnen.“

## Skopje soll weiter Modell für NRW-Flüchtlingspolitik bleiben

# Anonyme Information machte Staatskanzlei hellhörig Teilnehmer der Reintegration wieder in Deutschland

Die nordrhein-westfälische Landesregierung sieht ihr inzwischen auch international stark beachtetes Reintegrationsprogramm Skopje in Mazedonien weiterhin als Modell und gutes Beispiel einer neuen Flüchtlingspolitik an, die zum Ziel hat, Fluchtursachen zu bekämpfen. Sie will sich dabei auch nicht von Rückschlägen entmutigen lassen. Vor dem Hauptausschuß des Landtags unter Leitung seines Vorsitzenden Reinhard Grätz (SPD) machte Staatskanzleiminister Wolfgang Clement (SPD) am 3. November auf eine „ungute Entwicklung“ aufmerksam. Nach seinen Angaben haben sich einige der Roma, zum Teil mit ihren Familien, abgesetzt. Clement will vom 24. bis 26. November nach Skopje fahren, um sich generell um die Kooperation Mazedoniens mit Nordrhein-Westfalen zu kümmern, aber auch, um das Augenmerk der mazedonischen Regierung erneut auf das Reintegrationsprojekt zu richten.



Leitete die Beratungen im Hauptausschuß: Vorsitzender Reinhard Grätz (SPD).

Foto: Schälte

„Wir haben im September durch anonyme Informationen und teilweise auch durch Gerüchte erfahren, daß einige von den etwa 600 Teilnehmerinnen und Teilnehmern an unserem Reintegrationsprogramm in Skopje die Wohnstätten dort verlassen haben, und zwar mit dem Ziel Deutschland, einige auch mit dem Ziel anderer Staaten. Wir haben daraufhin, nachdem wir diese Informationen und Hinweise bekommen haben, alle 119 Häuser und die Bewohnerinnen und Bewohner besucht, also alle Häuser, in denen Teilnehmer am Reintegrationsprogramm familienweise untergebracht sind“, berichtete der Minister. Diese Besuche hätten bis zum 8. Oktober ergeben, daß insgesamt 16 Ehepaare, zum Teil mit, zum Teil unter Zurücklassung ihrer Kinder, sowie drei Einzelpersonen sich nicht mehr in Shutka aufhielten. Nach Hinweisen, die man aus Gesprächen mit Nachbarn gewonnen habe, müsse davon ausgegangen werden, daß sich zumindest ein Teil dieses Personenkreises wieder in die Bundesrepublik Deutschland begeben habe. „Von einigen wissen wir, daß sie sich bei uns im Lande aufhalten“, sagte Clement. Er teilte weiter mit, von den 119 Häusern, die man besucht habe, seien insgesamt fünf verschlossen gewesen und hätten leer gestanden. In den anderen Fällen seien die Häuser und Wohnungen von Angehörigen, zum Teil auch Kindern der Familien, bewohnt gewesen, denen die Wohnungen zugewiesen worden seien. Der Minister fuhr fort, diese Informationen seien am 20. Oktober vom NRW-Innenministerium an die Ausländerbehörden der Städte weitergegeben worden, in denen sich dieser Personenkreis vor der Rückführung nach Skopje aufgehalten habe. Die Behörden seien gebeten worden, soweit erforderlich, aufenthaltsrechtliche Entscheidungen zu treffen. Man habe noch keine definitiven Rückäußerungen. Inzwischen sei aber in der Staatskanzlei bekanntgeworden, daß sich offenbar drei dieser Familien in Essen aufhielten. Alle Erwachsenen hätten Asylfolgeanträge gestellt.

Gegenwärtig liefen die Asylverfahren. Das Ausländeramt in Essen sei beim Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge um eine beschleunigte Bearbeitung bemüht, denn diese Asylanträge seien ja offensichtlich unbegründet. „Außer den drei Familien, die nach Essen zurückgekehrt sind, sollen außerdem weitere Erwachsene in Moers und in Remscheid Asylfolgeanträge gestellt haben.“ Der Minister schätzte, daß von den ursprünglich 600 rund 20 nach NRW zurückgekehrt seien. Er schloß nicht aus, daß Schlepper am Werk gewesen seien. Er unterstrich allerdings mit Nachdruck, 90 Prozent der Teilnehmer des Reintegrationsprogrammes, die bei den Hausbesuchen im September und Oktober befragt worden seien, hätten keine Abwanderungsabsichten geäußert.

### Beschleunigte Bearbeitung

Die Fraktionen im Hauptausschuß empfanden wie der Minister die Situation als „beunruhigend“. Die stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende Ruth Hieronymi fragte nach der Größenordnung der Fallzahlen. Die Fraktionssprecherin der GRÜNEN, Bärbel Höhn, wollte wissen, ob sich die Tendenz zur Rückkehr nach Deutschland verstärken werde. Clement entgegnete: „Wir sind der Meinung, daß wir das nicht akzeptieren dürfen.“ Hier müsse mit Härte reagiert werden. Wenn man mal eben nach Deutschland kommen könne, dann sei die Situation in Skopje nicht mehr haltbar. Am Ende der Tagesordnung beriet der Hauptausschuß über das Verfassungsschutzgesetz Nordrhein-Westfalen. Mit den Stimmen der SPD gegen CDU und Grüne, bei Enthaltung der F.D.P. nahm er den Gesetzentwurf in der Fassung des Innenausschusses an. Ein CDU-Entwurf zur Novellierung wurde von den übrigen Fraktionen ab-

gelehnt. Bei der Aussprache wurde deutlich, daß die Union die Kompetenzen des Verfassungsschutzes gerne ausgeweitet gesehen hätte, weil er, wie es der stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende Lothar Hege mann formulierte, „die Möglichkeiten hat, im Bereich der organisierten Kriminalität tätig zu werden“. Auf das starke Maß in die Änderung aufgenommener Datenschutzgesichtspunkte wies der SPD-Obmann im Ausschuß, Jürgen Büssow, hin.

Grüne-Sprecherin Bärbel Höhn hingegen hielt mit Kritik nicht hinter dem Berg. Statt den Verfassungsschutz zu verkleinern, würden immer neue Aufgaben für ihn gesucht. Es sei schwer, Demokratie und Geheimdienst zu vereinbaren. Da aber stieß sie auf Widerstand beim Ausschußvorsitzenden. Reinhard Grätz wollte die Gleichsetzung des Verfassungsschutzes mit einem Geheimdienst nicht übernehmen. Er folgerte, es müsse auch Institutionen geben, die nicht ständig öffentlicher Transparenz ausgesetzt seien.

Am Ende der Sitzung bat CDU-Sprecherin Ruth Hieronymi um einen Bericht der Landtagspräsidentin zum Ständehaus bei der nächsten Zusammenkunft des Hauptausschusses. Es sei abschließend nachgetragen, daß der sich am 3. November auch einem weniger politischen als vielmehr gesundheitlichen Thema widmete: dem Nichtraucherschutz. Eine „fraktionsübergreifende Initiative von Kollegen aus allen vier Fraktionen“, so Grätz, aufgreifend, wollte sich der Hauptausschuß indessen nicht dem Bremer Rigorismus anheimgeben. Statt wie in der Hansestadt das Nichtrauchen gleich per Gesetz zu dekretieren, schloß sich das Gremium einem Appell an. Demnach soll das Rauchen während der Ausschußsitzungen künftig nicht allgemein verboten sein. Der Ausschußvorsitzende deutete an, wie er sich die Lösung des Problems vor allem für notorische Raucher vorstellt: „Jeder kann mal fünf Minuten rausgehen.“

## Fachausschuß beriet Haushaltsentwurf 1995

### NRW erforscht Ausmaß und Folgen von Gewalt gegen Frauen im Fernsehen

Im Ausschuß für Frauenpolitik stand am 4. November die zweite Runde der Beratung des Haushaltsentwurfs 1995 auf der Tagesordnung. In der Sitzung am 16. September hatte Frauenministerin Ilse Ridder-Melchers den Einzelplan-Entwurf ihres Ressorts erläutert. Unter Leitung von Marie-Luise Morawietz (SPD) lehnte die SPD im Ausschuß den CDU-Gesetzesentwurf „zur Herstellung von Chancengleichheit für Frauen und Männer und der Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ (Drs. 11/5769) trotz Zustimmung zu einigen Aspekten ab, da viele Ideen schon verwirklicht seien.

Den Einzelplan 11 hatte die Ministerin für die Gleichstellung von Frau und Mann am 16. September mit einem Volumen von 21,4 Millionen Mark vorgestellt. Als wichtiges Vorhaben bezeichnete die Ministerin die Frauenförderung in der Privatwirtschaft. Zum Stand der betrieblichen Personalmaßnahmen sollten Betriebe befragt und in einer Untersuchung handlungsleitende Erkenntnisse gewonnen werden. Der Landeswettbewerb „Frauenfreundlicher Betrieb“, von fast allen anderen Bundesländern nachgeahmt, werde 1995 den Schwerpunkt „Fortbildung und Aufstieg“ haben. Durch ein auch aus

Die Zuschüsse zu Erziehungs-, Ehe- und Lebensberatungsstellen (33,7 Millionen Mark) werden 1995 erstmals nach dem Prinzip der fachbezogenen Pauschalierung verteilt, ebenso die Förderung von Kindererholungsmaßnahmen. Bei der Beratung der Fördermittel für Schwangerschaftsberatungsstellen (1995 13,4 Millionen Mark) ging es im Frauenausschuß um die Sicherung eines „pluralen Angebots“. Die Umsetzung des Urteils des Bundesverfassungsgerichts zur Neuregelung des Paragraphen 218 verzögert sich, so stellte es der Fachmann aus dem Sozialministerium dar, durch die Frage



Im Ausschuß für Frauenpolitik stand der Haushalt der Frauenministerin auf der Tagesordnung, v. l. Rudi Kliege (Leitender Ministerialrat), Ilse Ridder-Melchers (SPD, Ministerin), Marie-Luise Morawietz (SPD, Vorsitzende), Heike Reinecke (Ausschußassistentin).

EU-Mitteln gefördertes Projekt mit einer mobilen Beratung solle Frauen im ländlichen Raum Hilfe zur Wiedereingliederung in den Beruf gegeben werden. Für die 60 und zwei weitere Frauenhäuser sind zehn Millionen Mark im Haushalt ausgewiesen. Nach der Kommunalwahl sollen gemäß der neuen Kommunalverfassung weitere 177 Gleichstellungsstellen eingerichtet werden. Als bundesweit erstes Forschungsvorhaben zum Thema Gewalt gegen Frauen im Fernsehen kündigte die Ministerin eine wissenschaftliche Untersuchung an. Als Besonderheit enthält der Einzelplan 11 auf Anregung des Landtags eine Übersicht über Leistungen aller Ressorts zugunsten von Frauen: „Haushaltsansätze, die unmittelbar frauenpolitischen Bezug haben und eindeutig für die Frauenförderung bestimmt sind.“

Auch in den Ressorts Justiz, Kultus, Soziales, Wirtschaft und Umwelt sind besondere Maßnahmen im Rahmen der Frauenförderung ausgewiesen, zu denen die frauenpolitischen Sprecherinnen der Fraktionen Brigitte Speth (SPD), Regina van Dinther (CDU), Ruth Witteler-Koch (F.D.P.) und Marianne Hürten (GRÜNE) Einzelheiten nachfragten.

„Wer sind die öffentlichen Hände?“, die die Beratung finanzieren sollen.

### Frauenmesse Top '95

Während der Haushaltsberatungen im Ausschuß für Frauenpolitik wurde bekannt, daß sich die Landesregierung auch an der Frauenmesse „Top '95“ beteiligen wird. Nach dem großen Erfolg der beiden Frauenmessen 1991 und 1993 präsentiert das Umweltministerium eine Ausstellung unter dem Motto „Frauen als Multiplikatorinnen für den Umweltschutz.“ Außerdem sollen umweltspezifische frauenpolitische Themen in Podiumsdiskussionen und Workshops eingebracht werden. Im Ausschuß für Frauenpolitik machte die Sprecherin der Grünen, Marianne Hürten, darauf aufmerksam, daß Frauen in besonderer Weise zur Müllvermeidung beitragen könnten. Auch das Wirtschaftsressort will sich an der Frauenmesse Top '95 beteiligen. „Fast alle Ressorts machen mit“, kündigte Ministerin Ridder-Melchers an.

## Verwaltungsreform

### In Anhörung sollen Lösungen und Standpunkte reifen

In der vom Ausschuß für Verwaltungsstrukturreform auf Vorschlag von Johannes Pflug (SPD) am 26. Oktober beschlossenen Anhörung sollen übereinstimmende Ziele der Fraktionen, aber auch politische Differenzen über die Reform der Verwaltung in NRW deutlich werden (Fortsetzung des Berichts aus der vorigen Ausgabe).

Nach der Aussprache über die Auswertung der Vorarbeiten durch die Projektgruppe stellten die Mitglieder der Projektgruppe, Leitende Ministerialräte Vogt und Bücker, Überlegungen zum Standardabbau sowie zur Pauschalierung von Landeszuwendungen an Kommunen zur Diskussion. LMR Vogt stellte fest, die Landesregierung habe schon eine Vielzahl von Förderbereichen auf die Pauschalierungsmöglichkeiten untersucht. Sie habe sich dabei weitestgehend die Vorschläge der Unternehmensberater Mummert + Partner zu eigen gemacht. Es gehe nunmehr um weitere Vereinfachungsmöglichkeiten. Dazu seien sporadisch Gespräche mit einigen Kommunen geführt worden, die allerdings befürchten, die Landesregierung könne sich zu Lasten der Kommunen aus einigen Förderbereichen „herausstehlen“. Es sei zu empfehlen, weitere Projekte zu untersuchen und die Modalitäten zwischen Landesregierung und kommunaler Seite zu besprechen. Das Innenministerium wurde gebeten, dem Ausschuß zum Jahreswechsel einen aktualisierten Bericht über die Vereinfachung von Förderverfahren, insbesondere die fachbezogene Pauschalierung vorzulegen.

### „Nicht herausstehlen“

LMR Bücker stellte fest, der Ausschuß habe dankenswerterweise vor, Möglichkeiten des Standardabbaus auch im – noch interessanteren – Landebereich zu untersuchen. Der Finanzminister habe eine sehr detaillierte Aufstellung erarbeitet, sie werfe nur die Frage auf, ob darin die richtigen Standards enthalten wären. Da die zentralen Personalstandards verknüpft seien mit den entsprechenden zentralen politischen Fragestellungen, wären diese auch durch die Landespolitik beeinflussbar. Es bedürfe erheblicher politischer Weichenstellungen bzw. Vorgaben, um hier Entscheidungen vorbereiten zu können.

### Nach der Wahl

nen. Der Feststellung des Ausschußvorsitzenden Ulrich Schmidt, diese politische Grundhaltung wäre zunächst zu klären, folgte der an den nächsten Landtag gerichtete Vorschlag des Sprechers der SPD-Fraktion, die Problematik gleich zu Beginn der nächsten Wahlperiode erneut aufzugreifen. Ggf. könnte, dem stimmte auch der Sprecher der CDU-Fraktion zu, der Ausschuß vor dem Ende der auslaufenden Legislaturperiode eruiieren, was auf Bundesebene geschieht und ggf. ein Gespräch mit der „Waffenschmidt-Kommission“ führen.

## Unterausschuß Europapolitik MOE-Staaten zur EU

Dem Unterausschuß Europapolitik und Entwicklungszusammenarbeit des Hauptausschusses ging die von ihm erbetene Stellungnahme der Staatskanzlei zum EU-Strategiepapier zum Thema Bildungs- und Kulturzusammenarbeit zwischen Staaten der Europäischen Union und assoziierten Staaten Mittel- und Osteuropas (MOE-Staaten) zu, mit dem sich der Kulturministerrat am 10. November befaßte.

Darin wird als Ziel der Zusammenarbeit eine Bildungsreform als Grundlage und Vorbedingung für die Wirtschaftsreform neben der Entfaltung von Kunst bezeichnet. Hierzu sollen EU- und MOE-Staaten zusammenarbeiten und EU-Programme für die MOE-Staaten öffnen sowie mitfinanzieren, insbesondere die Programme Sokrates, Leonardo, Jugend für Europa III, Kaleidoskop 2000, Ariane, EU-Programm zur Erhaltung des kulturellen Erbes und Media. Als Rechtsgrundlage werden der Maastricht-Vertrag und ein Europaabkommen genannt. Die EU-Kommission wurde beauftragt, Projekte besser bekanntzumachen. Zu den EU-Gremien für Bildung, Arbeit und Soziales, Jugend und Kultur sollen Vertreter der MOE-Staaten hinzugezogen werden. In dem Strategiepapier wird der Ausbau der Euregio-Zusammenarbeit empfohlen, in die private Organisationen, kommerzielle Sponsoren und einzelne Bürger einbezogen werden können.

## Haushaltsausschuß Neuer Vorsitzender



Franz Riscop (CDU, Foto), Mitglied des NRW-Landtags seit 1980, soll neuer Vorsitzender des Haushalts- und Finanzausschusses werden. Die CDU-Fraktion, der als größter Oppositionsfraktion traditionell der Vorsitz in diesem Ausschuß zusteht, wählte den 60jährigen Parlamentarier aus Königswinter einstimmig, ebenso seinen Vorgänger in diesem Amt Leo Dautzenberg (CDU) zum neuen finanzpolitischen Sprecher der Fraktion. Der 44jährige Abgeordnete Dautzenberg aus Heinsberg hatte den Vorsitz im Haushalts- und Finanzausschuß seit 1990 inne und tritt als Sprecher seiner Fraktion die Nachfolge von Hartmut Schauerte an, der in den Bundestag gewählt wurde.

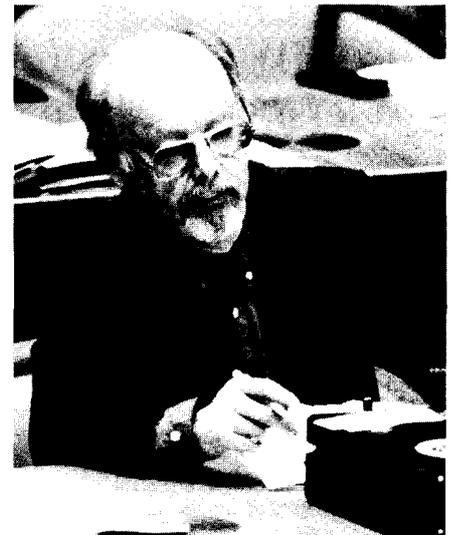
## Landtag trauert um Helmut Müller-Reinig

Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe hat allen Abgeordneten des Landtags einen Nachruf zum Tode von Helmut Müller-Reinig zukommen lassen, der im Landesparlament unvergessen ist. Er leitete unter der Präsidentschaft von Dr. Wilhelm Lenz von 1973 bis 1978 die Abteilung Öffentlichkeitsarbeit des Landtags und war in der gleichen Zeitspanne auch Chefredakteur der Parlamentszeitschrift „Landtag intern“. Er erwarb sich einen hervorragenden Ruf als kenntnisreicher und überparteilicher Pressechef des Landtages. Der Nachruf der Präsidentin hat folgenden Wortlaut:

„Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich muß Ihnen eine traurige Mitteilung machen: Helmut Müller-Reinig ist tot. Noch vorgestern abend weilte er mitten unter uns. Wir nehmen die Nachricht von seinem plötzlichen Tod mit Erschütterung und tiefer Trauer entgegen.

Helmut Müller-Reinig war unserem Land und seinen Menschen, dem Landtag und der Landespolitik als Korrespondent der Deutschen Presseagentur, als Pressesprecher des Landtags, als Sprecher der Landesregierung und Chef des Landespresse- und Informationsamtes sowie als politischer Berater eng verbunden. In diesen verantwortungsvollen Funktionen begleitete er das Landesgeschehen von 1958 bis heute.

Ministerpräsident Rau hat ihn nach seinem Ausscheiden als Regierungssprecher zu seinem Beauftragten für Stiftungen und besondere Aktivitäten des Landes ernannt. Dank seiner Erfahrungen und seines Ansehens konnte Helmut Müller-Reinig auch den Gremien des Landtags zahlreiche wertvolle Hinweise und Ratschläge geben.



Helmut Müller-Reinig †

Der Landtag Nordrhein-Westfalen trauert um Helmut Müller-Reinig. Unser Mitgefühl gilt seiner Familie. Wir werden ihm ein ehrendes Gedenken bewahren. Ingeborg Friebe  
Präsidentin des Landtags  
Nordrhein-Westfalen



„Helmut Müller-Reinig wird uns allen sehr fehlen“, stellt Ministerpräsident Johannes Rau in einem Nachruf fest. Die Nachricht vom Tode Helmut Müller-Reinigs habe ihn tief getroffen. „Mit ihm verliere ich einen Menschen, der nicht nur für drei Jahrzehnte ein verlässlicher Weggefährte war — er war mir ein Freund in guten und in schweren Zeiten.“ Rau verweist auf die „präzise, ehrliche und loyale Art“ des verstorbenen Journalisten.

## Nach zwanzig Jahren Abschied vom Landratsamt

Kommunal- und Bundestagswahl vom 16. Oktober haben auch für zahlreiche Mitglieder des NRW-Landtags Folgen. Fünf Landtagsabgeordnete wurden in den Deutschen Bundestag gewählt (siehe vorige Ausgabe). Heinz Hlgers (SPD), Ernst-Otto Stüber (SPD) und Reinhard Wilmbusse (SPD) werden hauptberufliche Stadtoberhäupter in Dormagen, Bochum und Lemgo und scheidern damit aus dem Landtag aus.

Für andere Abgeordnete endete am 16. Oktober die langjährige kommunalpolitische Arbeit neben dem Landtagsmandat. Auf 33 Jahre kommunalpolitischer Tätigkeit, davon 23 Jahre als Landrat, blickt Franz Skorzak (CDU) aus Ahaus zurück. „Jetzt ist es genug“, sagt der stellvertretende Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses nach vier Amtsperioden als Landrat, davon eine im Kreis Ahaus und drei Amtsperioden, sieben Jahre, als Landrat des Kreises Borken. Auch für Helmut Marmulla (SPD), den Vorsitzenden des Landtagsausschusses für Grubensicherheit, ging eine fast zwanzigjährige Doppelrolle zu Ende. Er war drei Amtsperioden lang Landrat, und zwar seit

1975 im Kreis Recklinghausen, dem einwohnerstärksten NRW-Kreis.

Rekordhalter unter den Stadtoberhäuptern, die ihre kommunalpolitische Führungsrolle abgaben, ist Hans Jaax (SPD). Er war 18 Jahre lang Bürgermeister von Troisdorf. Horst Henning trat nach fünf Jahren als Bürgermeister und zehn Jahren als Oberbürgermeister von Leverkusen ab. Nicht ganz freiwillig, sondern durch rotgrüne Mehrheiten schieden der Vorsitzende des Ausschusses für Kommunalpolitik Dr. Jörg Twenhöven (CDU) nach zehn Jahren aus seinem Amt als Oberbürgermeister von Münster und Karl Ernst Strothmann (CDU) nach neun Jahren als Bürgermeister von Gütersloh aus. Dr. Twenhöven bleibt jedoch als Bürgermeister weiter in Amt und Verantwortung.

Viele Landtagsabgeordnete engagieren sich auch als Fraktionsvorsitzende in kommunalen Parlamenten, so Karl Nagel (CDU) im Kreistag von Borken 30 Jahre lang. Norbert Giltjes (CDU) führt seit 25 Jahren die CDU-Fraktion im Rat der Stadt Emmerich und Robert Schumacher (SPD) seit 22 Jahren die SPD-Fraktion im Stadtrat von Remscheid. Seit 1975 war Rudolf Wickel Vorsitzender der F.D.P.-Fraktion im Stadtrat von Bonn, deren Neubildung am 16. Oktober an der Fünfprozenthürde scheiterte. Die politische Biographie der meisten Grünen-Abgeordneten beginnt erst Mitte der achtziger Jahre.

## Petitionsausschuß ging „städtischer Willkür“ nach

### Private Blumenkübel auf dem Gehweg erst sehr begrüßt, dann unerlaubt

Eine Großstadt im Ruhrgebiet ermunterte vor fünf Jahren die Bürger, in ihren Wohnstraßen selbst Bäume zu pflanzen und Blumenkübel aufzustellen. Nach vier Jahren änderte die Stadt ihre Meinung und die Verwaltung ihre Praxis, weil dadurch auch das Parken behindert wurde. Ein Bürger beschwerte sich und hatte nach neun Monaten auf dem Umweg über den Petitionsausschuß und das Landesverkehrsministerium Erfolg.

„Sehr geehrte Damen und Herren“, schrieb der Petent im Januar 1994 an den Ausschuß: „Nach mehrmaliger Beschwerde beim hiesigen Straßenmeister und nachdem meine Mutter (jetzt 88 Jahre) mehrfach über den beschädigten Bürgersteig-Platten gestürzt ist, habe ich im Februar 1989 zwei Blumenkübel auf dem Bürgersteig aufgestellt ... Zu dieser Zeit lief ... eine Aktion ‚Bäume pflanzen und Blumenkübel aufstellen‘ der Stadt. Ich habe sofort geschrieben, und die Stadt hat mir mitgeteilt, daß man sich freue, daß ich mich daran beteilige! Eine weitere Nachricht habe ich bis zum heutigen Tage nicht erhalten! Für mich galt dieses als Einverständnis.“

Erst im April 1993, berichtete der Petent weiter, habe die Stadt eine Genehmigung verlangt, die er auch beantragt, jedoch nicht erhalten habe. Als bis Mitte Juli keine Antwort gekommen sei, habe er der Stadt mitgeteilt, daß er von einer Genehmigung ausgehe.

Im Januar 1994 sei ihm dann ein negativer Bescheid zugegangen: „Ihrem Antrag kann ich leider nicht entsprechen“, teilte der Oberstadtdirektor „gegen Empfangsbescheinigung“ mit und fuhr fort: „Ich weise Sie darauf hin, daß Sie die Pflanzkübel zu entfernen haben. Sollten Sie dieses nicht tun, besteht die Möglichkeit, die Pflanzkübel durch die Stadt zu entfernen. Die dabei entstehenden Kosten gehen zu Ihren Lasten.“ Weiter wurde auf ordnungswidriges Handeln

hingewiesen, „wer vorsätzlich oder fahrlässig ... eine Straße über den Gemeingebrauch hinaus ohne Erlaubnis benutzt“. Weiter hieß es: „Es hat sich gezeigt, daß die Aufstellung von Pflanzkübeln nicht zur Begrünung der Straßen diene, sondern dadurch das Parken vor den Grundstücken verhindert wurde. Des weiteren sind die Pflanzkübel unterschiedlich bepflanzt, haben unterschiedliche Formen, bestehen aus verschiedenen Materialien und werden nicht ordentlich gepflegt. Es entsteht daher ein unterschiedliches Straßenbild, das einen ungepflegten Eindruck hinterläßt. Dieses ist aus städtebaulicher Sicht nicht wünschenswert und daher zu unterbinden.“

„Ich halte den Bescheid für reine Willkür!“ schrieb der erboste Bürger an den Petitionsausschuß und wies darauf hin, daß in seiner näheren Umgebung zwölf weitere Blumenkübel stünden, die nicht beanstandet würden.

Da vereinbarte Ausschußmitglied Charlotte Kann (SPD) einen Ortstermin und befand: „Die Begrünung ist gut gepflegt, die Kübel sind aus einheitlichem Material.“ Die Vorwürfe seien haltlos. Der Petent schilderte glaubhaft, daß sich seine Mutter jeden Tag darüber freut, daß wenigstens dieser kleine Blumenkübel mit etwas Grün vom Wohnungsfenster aus zu sehen war, in einer Straße, die in der näheren Umgebung kein Grün aufweist.

Für Frau Kann war klar, daß dem Bürgeranliegen entsprochen werden mußte. Der Leiter des Bauverwaltungsamtes, der an der Ortsbesichtigung teilgenommen hatte, unterstützte sie: Weder das Ortsbild noch der Gemeingebrauch der Straße würden beeinträchtigt. Aber: „Die Stadt folgt nicht der Auffassung des Landes, daß die Kübel nicht nur der Begrünung dienen, sondern auch das Parken auf dem Gehweg verhindern sollen.“ In Konkurrenzsituationen zwischen Sondernutzung und Parken werde grundsätzlich „zugunsten der Allgemeinheit“ entschieden. „Das Land“, genauer den Verkehrsminister, hatte der Ausschuß um Stellungnahme gebeten. Der Staatssekretär stellte fest: Durch die jahrelange widerspruchslose Duldung habe die Stadt „einen gewissen Vertrauensstatbestand“ geschaffen. Ihre im September 1993 geänderte Verwaltungspraxis, Pflanzkübel im öffentlichen Parkraum nicht mehr zu erlauben, sei nicht zu beanstanden. Sie hätte im Rahmen einer Ermessensentscheidung jedoch die Sondernutzungserlaubnis mit Auflagen versehen können. Schließlich habe der Petent durch das Aufstellen der Blumenkübel auch Beschädigungen des Gehwegs verhindert.

Im Petitionsausschuß teilte die Berichterstatterin am 8. November mit: „Erfreulicherweise hat der Oberstadtdirektor auf die zwangsweise Entfernung des Pflanzkübels verzichtet.“ Aber seit dem Ortstermin waren noch weitere drei Monate vergangen, ehe sich die städtische Verwaltung dazu durchringen konnte. Auch alle anderen vor 1993 privat aufgestellten Blumenkübel dürfen in der Straße des Petenten stehenbleiben.

## Schlanke Verwaltung als Chance für Frauen

Die Auswirkungen von schlanker Produktion und schlanker Verwaltung auf die Erwerbs- und Aufstiegschancen von Frauen werden untersucht. Frauenministerin Ridder-Melchers kündigte im Rahmen der Haushaltsberatungen dazu empirische Forschungen an. Von Expertinnen würden neue und hochwertige Chancen erhofft, aber auch Aufstiegshindernisse für Frauen durch Wegfall der mittleren Führungsebene befürchtet.

## „Große Anfrage...“

Fortsetzung von Seite 5

**Regina van Dinther** (CDU) bekundete Ungeduld, wenn Frauen trotz hoher Qualifikation unterwertig beschäftigt würden, weniger verdienten und nur mühsam in Führungspositionen gelangten. In den Klein- und Mittelbetrieben der Textilindustrie seien sang- und klanglos mehr Arbeitsplätze verlorengegangen als beim Stahl. Sie hätten keine Sondermittel erhalten. In NRW gebe es auch eine riesige Unternehmerlücke. Risikobereite Menschen würden dringend gebraucht. Nicht nur die öffentliche Bürokratie, auch die EU mute unüberschaubares Recht zu. Nicht einmal junge Leute trauten sich das zu. Die Kleinen und auch Frauen müßten bei erfolgreicher Selbständigkeit gestützt werden. Beim Umgang mit Banken hätten sie schlechtere Karten. Die CDU werde sich intensiv in den Dialog um das Aktionsprogramm einbringen. Ideologiefrei sei auch über den Privathaushalt als Arbeitsplatz zu reden.



Im Rahmen der Ermittlungen zum Fall der Anti-Müll-Kampagne von Umweltminister Klaus Matthiesen (SPD) war am 4. November der Minister für besondere Aufgaben und Chef der Staatskanzlei, Wolfgang Clement (SPD), im Bild, als Zeuge vor den Parlamentarischen Untersuchungsausschuß I unter Vorsitz von Bodo Hombach (SPD) geladen. Der Minister sollte vor allem zu der Frage Stellung nehmen, wann und in welchem Zusammenhang er oder das Landeskabinett von einer Vereinbarung zwischen Minister Matthiesen und dem Hamburger Bürgermeister Voscherau Kenntnis erhalten habe, im Falle des Müllnotstandes Hamburger Müll in NRW zu lagern. Clement erklärte, über diese Vereinbarung nicht ausdrücklich informiert worden zu sein. Dies sei auch so üblich, da solche Vereinbarungen, solange sie keinen für das Land rechtlich bindenden Charakter annehmen würden, im Kompetenzbereich des jeweiligen Fachministers lägen.

## Auch in den USA zu wenig Geld für Drogenpolitik nach dem Motto „Hilfe statt Strafe“

### Rate der HIV-Neuinfektionen ist nach Rückgang wieder nach oben geschneit

Nachdem in der letzten Ausgabe von „Landtag intern“ die Schwierigkeiten des amerikanischen Gesetzgebers mit der Einführung einer allgemeinen gesetzlichen Krankenversicherung geschildert und die einsetzende Umorientierung in der Drogenpolitik angeschnitten worden war, setzen wir heute die Berichterstattung über die Reise der Delegation des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge unter dem Vorsitz von Bodo Champignon (SPD) in die Vereinigten Staaten fort.

Angesichts der seit Jahren erstmals wieder ansteigenden Zahl von Drogenkonsumenten trugen die polizeilichen Drogenexperten allerdings auch andere Interventionsstrategien vor, so die Einrichtung von speziellen Drogengerichten, paramilitärische Ausbildung als Haftersatz oder Drogenzwangstests für Arbeitnehmer. Vor Ort, angesichts hoher Beschaffungskriminalität und des Elends von Drogenabhängigen werden die Ansätze der Bundesregierung als zu repressiv angesehen. Vor allem wird kritisiert, daß die notwendigen Mittel für „Hilfe statt Strafe“ weiterhin nicht zur Verfügung gestellt werden.

Dies wurde der Delegation vor allem in New York deutlich gemacht, das sich inzwischen als „Drogenhauptstadt der Welt“ verstehen muß. Im Staat New York geht man von etwa 500 000 drogenabhängigen Menschen aus, von denen lediglich rund 100 000 durch gesundheitliche Maßnahmen erfaßt werden (Besuch beim New York State Office of Alcoholism and Substance Drug Abuse in Harlem).

Bittere Kritik äußerte auch Dr. Robert G. Newman, Präsident des Beth Israel Medical Centers, das als erstes Krankenhaus Amerikas seit nun fast 30 Jahren ein Methadonprogramm durchführt. Allein sein Krankenhaus betreue zwar an die 8 000 Methadon-Klienten, in New York lebten aber 80 Prozent der Süchtigen ohne Behandlungsplätze. Trotz aller Erfolge gebe es keine Möglichkeit, die notwendigen niedrigschwelligen Therapieangebote auszudehnen.

Zum Für und Wider von Methadon entspann sich sowohl in Harlem als auch bei Dr. Newman eine intensive Diskussion. Dr. Newman hob hervor, daß für ihn Drogenfreiheit nicht das vorrangige Ziel der Methadonbehandlung sei. Er zog Parallelen zu Diabetikern, bei denen vollständige Heilung zwar nicht möglich sei, deren Dauermedikation sie aber zu vollwertigen Mitgliedern der Gesellschaft mache. Für die gelungene soziale und berufliche Reintegration von mit Methadon behandelten Drogenabhängigen gebe es Hunderte, ja Tausende von Beispielen — von Busfahrern und Sozialarbeitern bis hin zu Ärzten und Juristen.

Einblick in die tägliche Praxis einer kontrollierten Abgabe von Methadon konnte die Kommission schließlich bei einem Besuch des „Beth Israel Centrum für ambulante Drogenhilfe“ gewinnen. Nach in Jahrzehnten verfeinerten Regeln erhalten hier etwa 300 Patienten (der jüngste ist 19, der älteste 70

Jahre alt) regelmäßig ihre Dosis Methadon, die ihnen ein weitgehend geregeltes Arbeits- und Familienleben ermöglicht.

Probleme der Zuwanderung und des nachbarschaftlichen Zusammenlebens standen am Ende des Besuchs in New York. Dabei beeindruckte Silvia Deutsch, hochbetagte, ehrenamtliche Ableitungsleiterin des „Jewish Community Relations Council“ (JCRG), durch ihre Energie und Zielstrebigkeit. Die frühere, erste weibliche Leiterin des New Yorker Planungsamtes stellte ihre Arbeit innerhalb des Zusammenschlusses von 63 jüdischen Organisationen vor, die in New York die größte jüdische Gemeinde außerhalb Israels bilden. Frau Deutsch begrüßte die nordrhein-westfälischen Besucher beson-

der schäftsträger des deutschen Generkonsulats, Dr. Michael Zickerick, hob hervor, daß nach einer aktuellen Umfrage AIDS weiterhin zu den drängendsten Themen in San Francisco gehöre.

Annemarie Madison, gebürtige Deutsche und seit Jahren couragiert in der AIDS-Hilfe aktiv, berichtete über den rapiden Fortgang der AIDS-Epidemie. So habe man bis Anfang 1994 über 19 700 Vollbilder und 12 650 Tote zu beklagen gehabt, allein im Juni sechs Tote pro Tag im Durchschnittsalter von 40 Jahren. Nachdem die Neuinfektionsrate bei den Risikogruppen von 0,02 wieder auf ein Prozent geklettert sei, erscheine eine neue „Stop-AIDS-Kampagne“ unumgänglich. Auf großes Interesse stießen auch ihre Ausführungen über den Einsatz alternativer Heilmethoden zu Therapie Zwecken.

Ein Besuch der AIDS-Tagesstätte „Continuum“ und Gespräche mit Mitarbeitern des städtischen Gesundheitsamtes über laufende AIDS-Aufklärungs- und Vorbeu-



Eine anrührende Sammlung: Fotos und Erinnerungsstücke an inzwischen verstorbene Patienten der AIDS-Tagesstätte in San Francisco. Foto: Hohlmann

ders herzlich und würdigte die Tatsache, daß sie die ersten offiziellen Gäste aus Deutschland bei JCRG seien.

Ziel aller Bemühungen des JCRG sei es, die hohe Zahl von Zuwanderern aus allen Teilen der Welt zu integrieren und Ressentiments zwischen „alten“ und „neuen“ Ausländern abzubauen. Dies gelänge immer wieder erfolgreich auf Basis der jeweiligen kirchlichen Gemeinden.

Die Bemühungen um Integration verschiedener ausländischer Gruppen auf städtischer Ebene erläuterte schließlich die stellvertretende New Yorker Bürgermeisterin, Frau Reiter, insbesondere verantwortlich für Raumplanungsfragen und Gemeindebeziehungen. Frau Reiter betonte den wichtigen, auch wirtschaftlichen Beitrag der Einwanderer zum Wohle der Stadt und zitierte das Ergebnis einer Untersuchung, nach der Einwanderer sogar weniger Solzialleistungen in Anspruch nähmen als Amerikaner.

Maßnahmen gegen HIV-Infektionen und bei AIDS-Erkrankungen standen im Mittelpunkt des Besuchs in San Francisco. Der Ge-

gungsprogramme, neue Ansätze in der Wohnraumversorgung von Betroffenen, EDV-gestützte individuelle Hilfsprogramme und verschiedene Forschungsaktivitäten San Franciscos rundeten den Besuch ab.

Zum Abschluß der Reise zeigten sich Ausschußvorsitzender Bodo Champignon, aber auch die Sprecher der Fraktionen Wolfram Kuscke (SPD), Hermann-Josef Arentz (CDU) und Heinz Lanfermann (F.D.P.) mit Ablauf und Ertrag der wegen der Vielzahl von Kontakten und Gesprächen strapaziösen Exkursion außerordentlich zufrieden. Besonders der Freimut aller Gesprächspartner wurde ausdrücklich hervorgehoben. Mit einem Augenzwinkern merkte Bodo Champignon als Delegationsleiter schließlich an, daß man neben dem offiziellen Besuchsprogramm auch noch tiefe Einblicke in die Praxis des in den USA außerordentlich scharfen Nichtraucher-schutzes genommen habe. Leidtragende waren die unverbesserlichen Raucher unter den Abgeordneten, die sich mehr als einmal fraktionsübergreifend an den „Katzentisch“ verbannt wiederfanden.

## SPD-Fraktion

### Herz für Sportvereine – höhere Zuschüsse beantragt

In ihrer Klausurtagung zum Landeshaushalt 1995 zeigte die SPD-Landtagsfraktion erneut, daß sie ein Herz für Sportvereine im Lande hat. „Entgegen dem Regierungsentwurf sollen die Zuschüsse für Übungsleiter in den Sportvereinen nicht gekürzt werden“, teilte Uwe Herder als zuständiger Arbeitskreisleiter das Ergebnis der Beratungen seiner Fraktion mit. Die Sozialdemokraten wollen in den laufenden Haushaltsberatungen des Landtages durchsetzen, daß die Mittel sogar noch erhöht werden, und zwar von bisher 21 auf 25 Millionen Mark Jahreszuschuß.

Mit ihrem Beschluß will die SPD-Fraktion die unersetzbare Arbeit der vielen ehrenamtlichen Mitarbeiter in den Sportvereinen, vor allem im Jugendbereich honorieren. Vor allem im Bereich der Jugendbetreuung könne das Engagement der Sportvereine nicht hoch genug bewertet werden. Aber auch viele Angebote zur sportlichen Betätigung für Senioren würden durch die Übungsleiter gesichert.

★

Mit einer um fast 3,5 Millionen Mark erhöhten Zuweisung will die SPD-Landtagsfraktion extrem hohe Abwassergebührenbelastungen abmildern. Nach dem Willen der Mehrheitsfraktion soll das Land Nordrhein-Westfalen 1995 mit 10 763 944 Mark extreme Steigerungen der Abwassergebühren abmildern. Das in den Landtag eingebrachte Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG) 1995 sieht bisher Zuweisungen in Höhe von 7,34 Millionen Mark vor; 1994 wurden

im Zuge des GFG rund 8 Millionen Mark gezahlt. Insgesamt 19 nordrhein-westfälische Gemeinden, die mit ihrer Abwassergebühr den Landesdurchschnitt um über 75 Prozent überschreiten, werden aus dem Programm mit einem Ausgleich von 50 Prozent gefördert.

★

Die SPD-Fraktion beantragt, daß die Stellenreserve bei den Grund- und Sonderschulen nicht, wie im Regierungsentwurf vorgesehen, auf ein Prozent absinkt, sondern bei zwei Prozent gehalten wird. Das hätte rund 530 zusätzliche Lehrerstellen zur Folge, und zwar rund 330 für die Grundschule, rund 200 für Sonderschulen. Hinzu kommen 24 Stellen zusätzlich für die Integration behinderter Kinder in die Regelschule. „Wir müssen gerade in diesen sensiblen schulischen Bereichen eine geordnete Unterrichtung gewährleisten“, begründete Dammeyer den Beschluß der SPD-Fraktion.

## CDU-Fraktion

### Ohne rasches Handeln droht VOX das Aus

„Die SPD-Landesregierung hat nun das Schicksal von VOX in der Hand“, kommentierte Ruth Hieronymi, medienpolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion NRW, den jüngsten Beschluß der Direktorenkonferenz der Landesmedienanstalten (DLM) vom vergangenen Dienstag. „Das Aus ist danach für den in Nordrhein-Westfalen lizenzierten Fernsehsender unvermeidlich, wenn die Bundesländer nicht schnellstmöglich und einvernehmlich die Konzentrationsregelun-

gen des Rundfunkvertrages novellieren.“ Der Beschluß der Direktoren besiegele, daß die neuen Eigentümer von VOX mit ihrer Gesellschaftsstruktur und ihren Einflußverhältnissen gegen die gesetzlichen Vorschriften verstießen. „VOX sendet zur Zeit quasi illegal“, betonte Ruth Hieronymi.

Die Direktorenkonferenz empfahl deshalb dem zuständigen Länderausschuß, für VOX eine neue lizenzrechtliche Grundlage zu schaffen, zumindest aber einen Änderungsbescheid zu erlassen. Voraussetzung ist aber, daß spätestens bis zum 30. Juni 1996 Beteiligungs- und Einflußverhältnisse hergestellt werden, die mit den dann geltenden Konzentrationsbestimmungen übereinstimmen.

„Die Direktoren gehen davon aus, daß durch die Novellierung des Rundfunkstaatsver-

trages künftig Einflußverhältnisse nach dem VOX-Muster unbedenklich sein werden. Um klare Verhältnisse zu schaffen, die allen Veranstaltern augenscheinlich entgegenkommen, muß die nordrhein-westfälische Landesregierung die Verhandlungen zügig voranbringen“, appellierte Ruth Hieronymi.

Dringend geboten sei aber schon jetzt, Konsequenzen für den Inhalt des VOX-Programmes zu ziehen. Ruth Hieronymi: „Die Lizenz ist für ein informationsorientiertes Vollprogramm erteilt worden. Die DLM begründet die gewährte Übergangsfrist jedoch damit, daß das VOX-Programm derzeit Elemente eines Spartenprogramms aufweise. Wir verlangen, daß endlich Licht in diese undurchsichtigen Vorgänge gebracht wird.“

\*) Diese Mitteilungen liegen in der alleinigen Verantwortung der Fraktionen.

## F.D.P.-Fraktion

### Blutskandal weitet sich aus

Zum Blutskandal der Uni-Klinik Düsseldorf erreichte die F.D.P.-Landtagsfraktion ein Brief eines Blutspenders, der hier auszugsweise veröffentlicht werden soll:

„Bei meinem letzten Spendenversuch Anfang September wurde mir ein Informationsschreiben, datiert von März oder April 1994 (vorletzter Spendertermin), im verschlossenen Briefumschlag ausgehändigt, mit der dringenden Aufforderung, unverzüglich einen Arzt zu konsultieren. Nach Lektüre des kurzen Schreibens versuchte ich telefonisch mit einem Arzt in der Blut-

bank zu sprechen. Dieser — ich habe mir den Namen leider nicht notiert — sprach, ich zitiere, von einer „hochinfektiösen Lebererkrankung, die unbedingt sofort analysiert werden mußte und regelmäßig kontrolliert werden muß, damit sich in der Leber kein Tumor bildet“.

Die sofortige Konsultierung meines Hausarztes mit dem schriftlichen Hinweis aus der Blutbank führte zur erneuten Blutuntersuchung bei mir und meiner ganzen Familie, gerade wegen des Hinweises des o.a. Arztes: die Sache sei sehr infektiös. Das Ergebnis der Untersuchung: gesünder kann man, zumindest, was die Blutwerte angeht, kaum sein als ich. Es wurden also aufgrund vermutlich falscher oder verwechselter Butkonserven Untersuchungen an vier Personen meiner Familie durchgeführt, die völlig überflüssig waren.

Meine Fragen: Wie ist eine derartige Fehlinformation möglich? Wie kann es geschehen, daß

ein angeblicher Befund, ich sei hochinfektiös, lediglich an meine Spenderkarte geheftet wird, statt mich unverzüglich zu informieren? Wäre ich in diesem Jahr nicht mehr zur Blutspende gekommen und tatsächlich erkrankt gewesen mit der Gefahr der Ansteckung für andere, halte ich diese Informationsmethode für mehr als sträflich leichtsinnig.

Ein weiteres: Anfang dieses Jahres erhielt ich eine schriftliche Aufforderung durch die Blutbank, unverzüglich zur Blutspende zu kommen, da meine Blutgruppe dringend benötigt würde — nur, zu meiner großen Überraschung war eine völlig andere Blutgruppe als die meine eingetragen. Mein sofortiger Anruf in der Blutbank und Hinweis auf die falsche Blutgruppe wurde als „nicht so dramatisch“ abgetan. Solche Kleinigkeiten könnten immer mal passieren; jedes Blut würde ja doch noch einmal kontrolliert.“ Wo bleibt hier die unbedingt notwendige Sorgfalt?!

## DIE GRÜNEN-Fraktion

### Rot-Grün ist der Regelfall

Die Kommunalwahlen haben die politische Landschaft in NRW grundlegend verändert. In annähernd 100 Kommunen bestimmen die Grünen nun die Politik direkt in den Spitzen von Städten und Gemeinden mit. Das hat die Landtagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in einer Auswertung der Kommunalwahlen festgestellt. Feste Bündnisse zwischen SPD und den Grünen sind der Regelfall. Vereinbarungen zwischen CDU und Grünen bleiben Ausnahmen — auch wenn durch die öffentliche Berichterstattung leicht ein anderer Eindruck entstehen

konnte. Diese Einzelfälle sind das Resultat örtlicher Probleme, die insbesondere in den verkrusteten Strukturen bisheriger SPD-Alleinherrschaft und dem selbstherrlichen Umgang damit liegen. Sie haben nichts mit einem Politikwechsel der Grünen zu tun.

Ein Überblick über die 54 kreisfreien Städte und Kreise zeigt die realen Proportionen der Veränderungen. In 16 dieser Gebietskörperschaften haben sich SPD und Grüne auf eine feste Zusammenarbeit verständigt. Dabei sind die Städte Münster, Bonn, Bielefeld, Aachen, Hamm, Leverkusen, Solingen, Wuppertal, Düsseldorf und Remscheid. Demgegenüber steht nur die Stadt Mülheim mit einer schwarz-grünen Vereinbarung. Auf Kreisebene gibt es sechs rot-grüne und ein schwarz-grünes Bündnis. In vier Kreisen gab es Absprachen seitens der Grünen über die Wahl des Landrates. Insgesamt sind die Grünen damit an 22 der 54 kreisfreien Städte

und Gemeinden an der Mehrheitsbildung beteiligt.

Auf der Ebene der kreisangehörigen Städte und der Gemeinden ergibt sich ein ähnliches Bild. Rot-grün ist auch hier die vorherrschende Farbe. So werden u.a. die Städte und Gemeinden Dorsten, Detmold, Gütersloh, Herford, Lemgo, Lippstadt, Minden, Soest, Troisdorf und Wesel von SPD und Grünen regiert, während in den Kommunen dieser Größenordnung nur in Gladbeck und Burscheid von den Grünen mit der CDU Vereinbarungen geschlossen wurden. Die Landtagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sieht sich durch diese Ergebnisse in ihrer Absicht bestätigt, bei der Landtagswahl im Mai die jetzige SPD-Alleinregierung durch eine rot-grüne Koalition abzulösen. Das ist einzige Option der Grünen. Nur sie garantiert die Einleitung der überfälligen sozialen und ökologischen Reformpolitik.

## Personalien...

**Marie-Luise Woldering** (CDU), Landtagsabgeordnete, begeht am 18. November ihren 60. Geburtstag. Die Rechtsanwältin und Notarin aus Bocholt, verheiratet und Mutter dreier Kinder, gehört seit 1985 dem Landtag an. Seit 1967 ist sie Mitglied der CDU. 1987 wurde Frau Woldering Kreisvorsitzende der Mittelstandsvereinigung Kreis Borken. Sie ist ferner Mitglied im Landesverband der Frauenunion der CDU Deutschlands. Im Rat der Stadt Bocholt leitete sie von 1982 bis 1984 den Schulausschuß. Ebenfalls sein 60. Lebensjahr vollendet der CDU-Abgeordnete **Wilhelm Lücke** am 22. November. Der Sonderschullehrer a. D. aus Paderborn, verheiratet und Vater von drei Kindern, gehört seit 1985 dem Landtag an. Er ist Mitglied der CDU seit 1965. Er war Vorsitzender des CDU-Stadtverbandes Paderborn und ist heute Ehrenvorsitzender. Seit 1988 bekleidet er das Amt des Bürgermeisters. Seit 1984 ist Wilhelm Lücke Ehrenvorsitzender der KAB St. Kilian und seit 1985 Kreisbeauftragter des Malteser Hilfsdienstes.

★  
**Johannes Rau** (SPD), nordrhein-westfälischer Ministerpräsident, ist von der Medizinischen Fakultät der Ruhr-Universität Bochum mit der Kortum-Medaille ausgezeichnet worden. Rau hatte sich 1975 als Wissenschaftsminister für das Modell der Bochumer Medizinausbildung eingesetzt.

★  
**Wilhelm Riebiger** (CDU), Landtagsabgeordneter aus Lippstadt, ist in der konstituierenden Sitzung des Kreistages zum Landrat des Kreises Soest gewählt worden.

★  
**Franz-Josef Balke** (CDU), Landtagsabgeordneter und bisheriger Landrat im Kreis Gütersloh, ist zum ersten stellvertretenden Landrat gewählt worden. Landrätin wurde bei der Wahl im Kreistag die SPD-Politikerin **Ursula Boite** aus Steinhagen.

★  
**Dieter Heistermann** (SPD), Bundestagsabgeordneter, ist von der nordrhein-westfälischen Landesgruppe in der SPD-Bundestagsfraktion als Vorsitzender wiedergewählt worden. Heistermann, von Beruf Werkzeugmacher, stammt aus Beverungen im Kreis Höxter. Die SPD Nordrhein-Westfalens hat 66 Abgeordnete in der Bundestagsfraktion.

### LANDTAG INTERN

Herausgeberin: Die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ingeborg Friebe  
Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf,  
Postfach 101143, 40002 Düsseldorf

Redaktion: Eckhard Hohlwein (Chefredakteur),  
Jürgen Knepper (Redakteur), Maria Mester-Grüner (Redakteurin), Telefon: (0211) 8842303,  
8842304 und 8842545, btx: \*56801#, FAX  
8843022

Ständiger Berater der Herausgeberin für „Landtag intern“: Friedhelm Geraedts, Pressesprecher des Landtags

Redaktionsbeirat: Birgit Fischer MdL (SPD),  
Parlamentarische Geschäftsführerin; Heinz Hardt  
MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer;  
Hagen Tschöeltsch MdL (F.D.P.), Parlamen-  
tarischer Geschäftsführer; Beate Scheffler  
(GRÜNE), Abgeordnete; Hans-Peter Thelen  
(SPD), Pressereferent; Joachim Ludwig (CDU),  
Pressesprecher; Ulrich Marten (F.D.P.), Presse-  
sprecher; Werner Stürmann (GRÜNE),  
Pressesprecher.

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

Herstellung: Tritsch Druck und Verlag, Düsseldorf  
ISSN 0934-9154

LANDTAG INTERN wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

## Porträt der Woche



Eberhard Sohns (SPD)

*Die Kindheit haben sein Wesen und seinen Lebensweg stark beeinflusst: Der berufsbedingte achtmalige Ortswechsel seiner Eltern, die entbehrungsvollen Nachkriegsjahre und der frühe Broterwerb zunächst in der Landwirtschaft und dann im Bergbau. Das soziale Engagement des SPD-Abgeordneten Eberhard Sohns ist heute sehr ausgeprägt. Ob im heimatlichen Kamp-Lintfort oder im entfernten Ostpreußen — dort, wo Hilfe not tut, versucht er sie zu geben.*

*Bereits mit 15 Jahren ging der gebürtige Berliner, Jahrgang 1936, in den Pütt. Dann das übliche Durchlaufen der Bergbauberufe: Knappe, Hauer, Steiger, Fahrsteiger und Obersteiger. Zwischendurch Berufsaufbauschule und Fachhochschulreife im zweiten Bildungsweg mit der Devise: „Wenn du etwas verändern willst, mußt du nach oben.“*

*Und der damalige Jugendsprecher und spätere Betriebsrat auf der Schachtanlage „Friedrich Heinrich“ wollte etwas verändern, wollte die „soziale Komponente“ einbringen. Eberhard Sohns gründete kleine Gruppen, wo sich der eine um den anderen kümmert. Später, als Hauptabteilungsleiter, baute er dieses Netz gegenseitiger Hilfe weiter aus. Der SPD trat das Mitglied der IG Bergbau und Energie 1970 bei und wurde auch gleich im Ortsverein Kamp-Lintfort aktiv. Inzwischen ist er sein Vorsitzender. Seit 1978 gehört er auch dem Vorstand des Unterbezirkes Wesel an. Vor seiner Wahl in den Landtag 1990 engagierte sich der Sozialdemokrat sechs Jahre lang als sogenannter „sachkundiger Bürger“ im Kreistag.*

*Als gewählter Abgeordneter des noch vom Bergbau und der Landwirtschaft geprägten Wahlkreises Wesel I sieht sich der Sozialdemokrat als Interessenvertreter beider Wirtschaftszweige. Beide hätten mit großen Strukturproblemen zu kämpfen. So gelte es besonders, Ersatzarbeitsplätze zu schaffen und die jungen Menschen für ihre berufliche Zukunft zu qualifizieren. Als Mitglied des Landtagsausschusses für Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz hat der Schutz der Umwelt und Natur für Eberhard Sohns hohe Priorität.*

*Unverzichtbar für seine parlamentarische Arbeit ist der enge Kontakt zu den Bürgern, den jungen wie älteren. So bietet der Abgeordnete regelmäßig soge-*

*nannte Bürgerstunden an, und einmal im Jahr lädt er die Bewohner eines Altenheims zu einer Schiffsfahrt auf dem Rhein ein. Diese Abwechslung vom Alltag erfreut sich bei den älteren Menschen natürlich großen Zuspruchs.*

*Soziales Engagement zeigt der gebürtige Berliner auch außerhalb Nordrhein-Westfalens — im ehemaligen Ostpreußen. In den beiden letzten Jahren haben er und seine Ehefrau mit Unterstützung von Freunden insgesamt zwölf Hilfst Transporte in den Raum Königsberg/Tilsit arrangiert. Dort verteilen beide nicht nur eigenhändig dringend benötigte Nahrungsmittel und Kleidung an von der Armut besonders betroffene Menschen, sie initiieren auch kleinere Projekte unter dem Motto „Hilfe durch Selbsthilfe“. So entstanden beispielsweise eine Schneiderei, eine landwirtschaftliche Maschinen-Station u.a.m. Nun hofft der Abgeordnete, daß auch die Landesregierung und die Europäische Union ihn bei der Schaffung größerer Projekte unterstützen werden.*

*Der Sozialdemokrat will im nächsten Frühjahr in seinem Wahlkreis erneut für den Landtag kandidieren. Seine Begründung: „Die Politik macht mir Spaß, weil man mit Menschen viel zusammen ist und ihnen auch oft helfen kann.“ Der Gesprächspartner nimmt Eberhard Sohns diesen Beweggrund ohne Zweifel ab.*

Jochen Juretko

*(Das namentlich gekennzeichnete „Porträt der Woche“ ist Text eines jeweiligen Gastautors und muß nicht immer mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen)*

## Zur Person

### Geburtstagsliste

vom 16. bis 25. November 1994

- 16. 11. **Gerd-Peter Wolf** (SPD), 43 J.
- 17. 11. **Hagen Müller** (SPD), 50 J.
- 17. 11. **Heinrich Meyers** (CDU), 56 J.
- 18. 11. **Marie-Luise Woldering** (CDU),  
60 J.
- 19. 11. **Siegfried Zellnig** (CDU), 53 J.
- 20. 11. **Dr. Katrin Grüber** (GRÜNE), 37 J.
- 22. 11. **Wilhelm Lücke** (CDU), 60 J.
- 22. 11. **Karl Ernst Strothmann** (CDU), 66 J.
- 24. 11. **Norbert Burger** (SPD), 62 J.
- 25. 11. **Dr. Friedhelm Farthmann** (SPD),  
64 J.

★

**Joachim Schultz-Tornau** (F.D.P.), Landtagsabgeordneter, Vorsitzender des Ausschusses für Wissenschaft und Forschung im Landesparlament und Chef des F.D.P.-Bezirks Ostwestfalen-Lippe, will sich um den Parteivorsitz der Liberalen in Nordrhein-Westfalen bewerben. Damit gibt es jetzt in der nordrhein-westfälischen F.D.P. drei Bewerber, die ihre Kandidatur für den Sonderparteitag auf Landesebene am 3. Dezember angekündigt haben. Außer dem Landtagsabgeordneten und Juristen aus Bielefeld wollen sich noch der bisherige Landesvorsitzende **Jürgen W. Möllemann** aus Münster sowie der Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft, **Dr. Fritz Schaumann**, zur Wahl stellen.

★

**Ernst-Otto Stüber** (SPD), Landtagsabgeordneter, ist vom Rat der Stadt Bochum an die Spitze dieser Kommune im Ruhrgebiet gewählt worden. Als erste kreisfreie Stadt in Nordrhein-Westfalen wird Bochum damit von einem hauptamtlichen Oberbürgermeister geführt, der gleichzeitig Chef der Verwaltung ist. Das neue Amt ist mit einem befristeten Beamtenverhältnis bis 1999 verbunden. Ernst-Otto Stüber stammt aus Hannover. Er kam 1965 nach Bochum. Er war als Lokalredakteur für die Westfälische Rundschau sowie als Gewerkschaftsredakteur tätig. 1983 wurde er stellvertretender Vorsitzender des SPD-Unterbezirktes Bochum. Dem Landtag gehört er seit 1985 an.

★

**Erich Heckelmann** (SPD), Landtagsabgeordneter und Vorsitzender des Ausschusses für Kinder, Jugend und Familie, ist am 3. November zum Bürgermeister der Stadt Grevenbroich gewählt worden. Bis zur Kommunalwahl gehörte Erich Heckelmann 30 Jahre als Mitglied dem Kreistag Neuss an; mehr als 20 Jahre war er Vorsitzender der SPD-Kreistagsfraktion.

★

**Reinhard Wilmbusse** (SPD), Landtagsabgeordneter und Diplomrechtspfleger, ist zum hauptamtlichen Stadtoberhaupt vom Lemgo gewählt worden. Er erhielt die Stimmen seiner eigenen Partei sowie der Grünen. Reinhard Wilmbusse war bereits seit 1971 ehrenamtlicher Bürgermeister in seiner Heimatstadt.

★

**Norbert Burger** (SPD), Landtagsabgeordneter, ist mit den Stimmen der SPD-Fraktion im Rat der Domstadt erneut zum Oberbürgermeister von Köln gewählt worden.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



### Big Band sorgte für gute Stimmung

Ihren „Jour fixe“ 1994 begingen die Parlamentarierinnen und Parlamentarier des nordrhein-westfälischen Landtags am vergangenen Mittwoch nach der Plenarsitzung gemeinsam mit Medienvertretern und Gästen. Zu dem Treffen hatte Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe in das Landtagsrestaurant eingeladen. Für gute Stimmung sorgten im Foyer die Big Band der Folkwang-Hochschule Essen unter der Leitung von Professor Thomas Hufschmidt und das „Calkwalk“-Quartett mit Nicole Nagel (Gesang). Im Restaurant fand eine Pantomime mit Studierenden des Studiengangs Pantomime der Folkwang-Hochschule unter der Leitung von Karsten Itterbeck sowie ein Musical-Potpourri „Anything Goes“ statt (Bild). Die musikalische Leitung hatte hierbei Professor Patricia Martin. Für die Choreographie sorgte Judy Bassing. Foto: Schälte

### Bürger engagieren sich für die Umwelt

Ein Rückgang der Motivation der Bürgerinnen und Bürger bei abfallwirtschaftlichen Maßnahmen sei nicht zu verzeichnen. Mit dieser Feststellung reagiert die Landesregierung auf eine Kleine Anfrage von acht CDU-Abgeordneten. In ihr hatten die Unionspolitikerinnen und -politiker die Vermutung geäußert, die illegale Müllentsorgung sei in NRW wieder angestiegen und gefragt, was die Regierung unternehmen wolle, um die Umweltmotivation der Bürger zu vergrößern. Umweltminister Klaus Matthiesen (SPD) weist „die Unterstellung“, es gebe einen Zusammenhang zwischen bundesweit gestiegener illegaler Abfallentsorgung und der Abfallpolitik des Landes zurück. Sowohl der Anteil an der Gesamtzahl der Delikte als auch ihr Anstieg liege in NRW

deutlich unter dem Bundesdurchschnitt. Ferner treffe es nicht zu, daß die Motivation abgenommen habe. Vielmehr seien die Erfolge beim Rückgang der Abfallmengen und bei der Steigerung der Verwertung ohne ein gestiegenes Engagement nicht denkbar (Drs. 11/7951).

### Hagen-Emst

Ernst war die Sache schon, die Namensverleihung in Hagen, aber der Stadtteil, in dem sie stattfand, heißt nicht „Ernst“, wie in „Landtag intern“ Nr. 18 berichtet, sondern „Emst“. Um ganz genau zu sein: der frisch getaufte Fritz-Steinhoff-Park liegt in Hagen-Emst.